



## Protokoll

### **33. Sitzung des Gemeinderates Montag, 27. Mai 2013, 19.00 Uhr, Gemeinderatssaal, Stadthaus Doppelsitzung**

## TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Ersatzwahl für die restliche Amtsdauer 2010/2014  
Ersatzwahl für den ausgetretenen Stefan Kern in die Rechnungsprüfungskommission  
Ersatzwahl für den ausgetretenen Stefan Kern in die Kommission KÖS
- 4 Motion 571 von Ivo Koller, Lucia Thaler, Seyhan Kâhya, Ursula Räuftlin, Walter Meier und Wolfgang Harder betreffend Einführung Jugendmotion
- 5 Einzelinitiative von Thomas Eschler betreffend Unterstellung der Stadt Uster dem kantonalen Ombudsmann
- 6 Antrag der Primarschulpflege betreffend Kreditgenehmigung für den Wettbewerb und das Vorprojekt neues Schulhaus Krämeracker  
(Antrag Nr. 160/2013)
- 7 Bericht und Antrag des Stadtrates auf das Postulat 547 von Balthasar Thalmann, Jean-François Rossier, Cla Famos, Ursula Räuftlin und Markus Bürki betreffend Vorgehensplan für die Zentrumsentwicklung
- 8 Postulat 572 von Balthasar Thalmann betreffend Rahmenbedingungen für produzierendes Gewerbe in Uster
- 9 Postulat 573 von Jürg Gösken und Ursula Räuftlin betreffend Unterhalt und öffentliche Nutzung von Spielplätzen

## Präsenz

Vorsitz	Gabriela Seiler, Präsidentin
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	34 Ratsmitglieder (inkl. Präsidentin)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Werner Egli, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Sekundarschule	Thomas Pedrazzoli, Präsident
Entschuldigt	Julia Amherd Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit
Presse	Christian Brütsch, AvU Dominique von Rohr, AvU

Die Präsidentin begrüsst das neue Ratsmitglied Giuseppe Bicchi und wünscht ihm für seine Ratsarbeit alles Gute.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

## Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Es liegt ein Antrag auf Absetzung des Traktandums Nr. 7, Bericht und Antrag des Stadtrates zum Postulat Zentrumsentwicklung, durch Balthasar Thalmann vor.

**Balthasar Thalmann** begründet seinen Antrag. Man hat die stadträtliche Antwort in den Fraktionen intensiv diskutiert, es entstanden verschiedene Präzisierungsfragen, die man gerne direkt mit dem Stadtrat besprechen und nicht im Saal vorbringen möchte. Er möchte deshalb den Stadtrat anfragen, ob er bereit wäre, bei den Fraktionen die Gespräche zu führen.

**Stadtrat Thomas Kübler** ergreift das Wort. Man ist sehr gerne seitens des Stadtrates bereit, den Prozess der Zentrumsentwicklung in den Fraktionen weiterzuführen, bzw. den politischen Gremien Rede und Antwort zu stehen und darzulegen, wo man steht und wo die Probleme liegen. Er bedankt sich für den Vorschlag. Man wird zur gegebenen Zeit eine entsprechende Gesprächsrunde einladen.

## Abstimmung

**Der Gemeinderat beschliesst**

**einstimmig**

**das Traktandum 7 bis auf weiteres abzusetzen.**

## **Fraktionserklärungen:**

### **Balthasar Thalmann**

#### ***Fraktionserklärung SP 27. Mai 2013 zum Seerestaurant***

*Frau Präsidentin  
Geschätzte Anwesende*

*Werner Kessler hat anlässlich der letzten Ratssitzung gesagt, dass für ihn schon immer klar gewesen sei, dass mit dem neuen Gewässerschutzgesetz das Verwaltungsgericht den Restaurantstandort auf der Surferwiese ablehnen wird. Gerne würde wir Herrn Kessler für seine juristisch-hellseherischen Fähigkeiten gratulieren - wenn er denn auch Recht hätte. Das hat er aber nicht.*

*Das Verwaltungsgericht hat nämlich die Sache für weitere Abklärungen zum Bedürfnis, zum Standort und zu möglichen Alternativen an die Stadt zurückgewiesen. Es liess offen, ob das Projekt auf der Surferwiese realisiert werden kann oder nicht. Es sagte aber auch nicht, wo ein Restaurant gebaut werden könnte. Das Verwaltungsgericht stellte sogar einen Überprüfungsbedarf der Schutzverordnung zur Diskussion und zwar weil nicht gesagt werden könnte, dass mit der Schutzverordnung die mit dem neuen Gewässerschutzgesetz notwendige Gewässerraumplanung bereits abschliessend erfolgt sei.*

*Was dieser Entscheid juristisch genau bedeutet, kann man den Rechtsgelehrten überlassen. Falsch ist jedenfalls die Behauptung, dass die Surferwiese für ein Seerestaurant gestorben ist. Falsch ist auch die Behauptung, dass ein Seerestaurant am heutigen Kioskstandort problemlos bewilligungsfähig ist. Genauso falsch wäre auch die Behauptung, dass einen Ausbau der Buswendeschlaufe am heutigen Standort bewilligungsfähig sei. Richtig ist wohl die Behauptung, dass die Rechtslage am Seeufer ziemlich verzwickt ist.*

*Die Politik ist daher gut beraten, die Komplexität der Situation möglichst zu reduzieren und so wieder mehr Klarheit und Handlungsspielraum zu schaffen. Mit der Verlegung der Buswendeschlaufe weg vom See hat der Gemeinderat mit seinem 32:1-Entscheid seinen Beitrag dazu geleistet. Denn was nicht zwingend Seebezug hat, müssen wir nicht zwingend auch unmittelbar am See haben. Die Bushaltestelle gehört dazu.*

*Es liegt nun an der Ustermer Stimmbevölkerung mit einem Ja zur Verlegung der Buswendeschlaufe am 9. Juni ein Ja zu einer vernünftigen Seeuferplanung zu sagen.*

*Besten Dank.*

*Balthasar Thalmann*

**Patricio Frei**

***Seltsames Demokratieverständnis im Ustermer Stadtrat***

*Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Geschätzte Anwesende*

*Bei der Präsentation einer weiteren Variante von Uster West äusserte ein Mitglied des Ustermer Stadtrates seine Erwartung, dass insbesondere Naturschutzverbände ihre Anliegen nun als erfüllt betrachten sollten. Allfällige Einsprachen von dieser Seite taxierte das Stadtratsmitglied schon im Voraus als reine „Obstruktion“.*

*Diese Aussagen offenbaren ein recht eigenartiges Demokratieverständnis. Gerade in der Schweiz sind wir auf unser urdemokratisches Recht auf Einsprache besonders stolz. Nicht zuletzt dieses Recht garantiert die Rechtssicherheit in unserem Land, sei dies auf nationaler oder kommunaler Ebene, sei dies bei privaten oder öffentlichen Bauvorhaben.*

*Und genau darum geht es beim Strassenprojekt Uster West. Wie alle anderen Bauten in der Schweiz muss es den geltenden gesetzlichen Vorschriften genügen. Vorschriften, die vom Volk oder dessen Vertreterinnen und Vertretern beschlossen worden sind.*

*Gerade in Bezug auf die Einhaltung von geltendem Recht ist das Projekt Uster West nicht über alle Zweifel erhaben. Es wurde schon verschiedentlich überarbeitet und vermag den gesetzlichen Vorgaben trotzdem weiterhin nicht in allen Belangen zu entsprechen.*

*Statt also allfällige Beschwerdeführende der reinen „Obstruktion“ zu bezichtigen und sie in die Rolle der Nörgler zu drängen, erwarten die Grünen Uster vom Stadtrat und seinen Mitgliedern, einfach dafür sorgen, dass bei der Planung von Bauvorhaben die Gesetze eingehalten werden – dann sind Einsprachen gar nicht mehr notwendig.*

*Patricio Frei,  
Fraktionspräsident Grüne*

## **1 Mitteilungen**

Die Vorsitzende verweist auf die Aktenaufgabe.

Heute stehen auf den Tischen ein kleines Präsent von Lenzlinger und Söhne als Dankeschön für die Gutheissung des privaten Gestaltungsplanes. Da dieses Geschenk erst nach der Abstimmung erfolgt, muss man nichts Böses dabei denken, ansonsten soll man es halt stehenlassen.

Betreffend revidiertem Terminplan führt die Vorsitzende aus, dass der Ratsausflug nun auf den 7.9.2013 verschoben wurde, da der alte Termin mit dem Neuzuzügertag, dem Mobilitätstag und dem Greifenseelauf kollidieren würde. Ausserdem wird eine zusätzliche Sitzungsrunde für die Sachkommissionen am 30. Oktober 2013, auf Anregung des Stadtrates hin, eingeschoben.

Nach der Sitzung richtet Stefan Kern noch seinen Abschiedsapéro aus.

## **2 Protokollabnahme**

Das Protokoll der 32. Sitzung des Gemeinderates vom 15. April 2013 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 i.V.m. Art. 67 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

### **3 Ersatzwahl für die restliche Amtsdauer 2010/2014**

#### **Ersatzwahl für den ausgetretenen Stefan Kern in die Rechnungsprüfungskommission**

Der Präsident der IFK, Rolf Denzler, schlägt als Mitglied der RPK Giuseppe Biacchi (SVP) vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 33 Stimmen**

**Zum Mitglied der RPK wird Giuseppe Biacchi (SVP) gewählt.**

#### **Ersatzwahl für den ausgetretenen Stefan Kern in die Kommission KÖS**

Der Präsident der IFK, Rolf Denzler, schlägt als Mitglied der KÖS Giuseppe Biacchi (SVP) vor. Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 33 Stimmen**

**Zum Mitglied der KÖS wird Giuseppe Biacchi (SVP) gewählt.**

**4 Motion 571 von Ivo Koller, Lucia Thaler, Seyhan Kâhya, Ursula Räuftlin, Walter Meier und Wolfgang Harder betreffend Einführung Jugendmotion**

Für die Motionäre referiert **Lucia Thaler**.

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Geschätzte Anwesende,*

*Eine gut funktionierende Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass ein möglichst grosser Teil der Bevölkerung seine Interessen über verschiedene Instrumente einbringen kann. Dadurch wird ermöglicht, dass die Gesellschaft im Interesse aller gestaltet wird.*

*Eine gesellschaftliche Gruppe, die ihre Anliegen heutzutage kaum in den politischen Prozess einbringen kann, sind Kinder und Jugendliche. Bevor man volljährig ist, kann man politisch wenig mitwirken. Auch der "Bericht und Konzept Jugendpolitik" aus dem Jahr 2007 bemängelt, dass die Mitsprache und Mitbestimmung der Kinder und Jugendlichen unbefriedigend seien und Instrumente für die politische Partizipation fehlen.*

*Einige Schweizer Städte haben bereits verschiedene Instrumente für die politische Partizipation von Jugendlichen eingeführt. Ein solches Instrument ist die Jugendmotion. Damit können eine bestimmte Anzahl Jugendliche einen schriftlichen Vorschlag einreichen, der dann vom Gemeinderat behandelt und geprüft wird. Mit der vorliegenden Motion möchten wir den Stadtrat beauftragen, die Rechtsgrundlagen für die genaue Ausgestaltung der Jugendmotion vorzulegen. Die Jugendmotion bietet gegenüber anderen Instrumenten wie z.B. einem Jugendparlament den Vorteil, dass sie wenig Aufwand verursacht und je nach Bedarf der Jugendlichen seltener oder öfter eingesetzt werden kann.*

*Die Förderung der politischen Partizipation von Jugendlichen dient aber nicht nur den Jugendlichen selbst, sondern generell unserer Demokratie. Wenn die Jugendlichen die Möglichkeit haben, politisch mitzuwirken, lernen sie in der Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen und ihr politisches Interesse und Engagement wird gefördert - nicht nur solange sie jugendlich sind, sondern darüber hinaus ins Erwachsenenleben. Und wer weiss - vielleicht motiviert das sogar den einen oder die andere, später mal für den Gemeinderat zu kandidieren.*

*In diesem Sinne möchten meine Mitunterzeichnenden und ich Sie bitten, die Motion zu unterstützen.*

*Lucia Thaler, SP*

Die Präsidentin fragt den Stadtrat an, ob er sich bereit erklärt, die Motion entgegenzunehmen.

**Stadtpräsident Martin Bornhauser** führt aus, dass der Stadtrat bereit ist, die Motion entgegenzunehmen.

## **Marco Järmann**

*Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Geschätzte Anwesende*

*Die FDP/JFU Fraktion unterstützt die Motion zur Einführung der Jugendmotion. Wir sind der Überzeugung, dass dieses politische Instrument engagierten Jugendlichen eine interessante Plattform bietet sich auf der politischen Ebene zu engagieren und dass das generelle Verständnis unseres politischen Systems und der direkten Demokratie dadurch gefördert wird. Zudem soll die eher skeptisch bis ablehnende Haltung der Jugend gegenüber der Politik etwas aufgeweicht werden.*

*Die Jugendmotion könnte gut im Staatskundeunterricht als Veranschaulichungsbeispiel eingeflochten werden, obwohl es schliesslich nicht an den Lehrern liegen darf, eine Motion auszuarbeiten und einzureichen.*

*Erfolgreiche Beispiele für die politische Partizipation von Jugendlichen gibt es bereits in anderen Schweizer Städten. Sei es mit einem Jugendparlament wie z.B. in den Städten Bern, Biel, Luzern und Dietikon, oder mit der erst kürzlich in Thun angenommenen Jugendmotion.*

*Die Befürchtung, dass eine Flut an Jugendmotionen eingereicht wird, hat sich z.B. in Bern nicht bewahrheitet. Dort wurden in den letzten 5 Jahren 4 Stück eingereicht.*

*Wir denken, dass die Jugendmotion für Uster die geeignete Form ist, um der Jugend eine Plattform zu geben, sich politisch zu engagieren und ihre Wünsche und Anregungen zu platzieren.*

*Marco Järmann, Gemeinderat JFU  
Uster 12.04.2013*

## **Ursula Räuftlin**

*Sehr geehrte Präsidentin,  
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen  
geschätzte Anwesende*

*Meiner Meinung nach werden die Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt zu wenig in Entscheidungsprozesse einbezogen und können ihre Sicht in Planungsprozesse zu wenig einbringen. Es braucht die Möglichkeit für Jugendliche und Kinder an politischen Prozessen, die ihre Lebenswelt betreffen, mit zu wirken. Dies war unter anderem einer der Gründe, weshalb wir das Postulat „kinderfreundliche Gemeinde“, welches am 3. September 2012 hier in diesem Saal ganz knapp nicht überwiesen wurde, eingereicht hatten.*

*Im „Bericht und Konzept Jugendpolitik“ wurde bereits 2007 festgestellt, dass die Mitsprache und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in Uster unbefriedigend sind. Mittlerweile gilt die Partizipation der Jugendlichen neben der Sozialisation und Integration als Kriterium für die Bemessung der finanziellen Unterstützung der Kinder- und Jugendarbeit der Ustermer Vereine. Die Partizipation sollte aber nicht nur im kleinen Rahmen der Vereine, sondern in allen Anliegen, die die Jugendlichen betreffen, instrumentalisiert werden.*

*Die Verfassung des Kantons Zürich fordert im Art. 39 Abs.3, dass Kanton, Gemeinden und politische Parteien zur Vorbereitung der Jugendlichen auf die Mitwirkung und Mitverantwortung in Staat und Gesellschaft beitragen. In einer Demokratie sollen möglichst alle Menschen ihre Meinung einbringen und mitbestimmen können. Die Partizipation von Jugendlichen hat demnach zum Ziel, das Demokratieverständnis bei den Jugendlichen zu wecken und zu vertiefen. In partizipativen Prozessen sammeln die Jugendlichen Erfahrungen die für ihre Persönlichkeitsentwicklung und erwerben wichtige soziale Kompetenzen..*

*Die mit dieser Motion vorgeschlagene Einführung einer Jugendmotion scheint mir ein geeignetes Instrument zu sein, um den Jugendlichen die Mitwirkung in politischen Belangen zu ermöglichen. Mit der Einführung dieser Jugendmotion erfüllen wir als Gemeinde auch den verfassungsmässigen Auftrag zur Unterstützung des demokratischen Engagements.*

*Von der GLP-EVP-CVP-Fraktion haben drei Mitglieder diese Motion mitunterzeichnet. Diese Motion verdient selbstverständlich die Unterstützung der gesamten Fraktion. Ich bitte Euch, die Anliegen der Kinder und Jugendlichen zu respektieren und diese Motion als einen weiteren kleinen Schritt auf dem Weg zu einer kinder- und jugendfreundlicheren Stadt zu unterstützen.*

*Ursula Räuftlin  
Gemeinderätin Grünliberale*

**Anita Borer**

**Fraktionsreferat Gemeinderat: Motion zur Einführung einer Jugendmotion**

*Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren  
Eine Jugendmotion – dieses Mittel soll unseren Kindern und Jugendlichen mehr Möglichkeiten der politischen Mitsprache ermöglichen.*

*Ich bin die Letzte, die sich gegen eine solche Mitsprache der Kinder und Jugendlichen wehrt. Dennoch kann ich, zusammen mit der SVP/EDU-Fraktion, dieser Motion nicht zustimmen. Die Gründe werde ich nachfolgend ausführen.*

*Jedes Jahr veranstalten die Jungparteien in Uster einen Tag „Schule im Stadthaus“, an welchem die Jugendlichen Politik hautnah im Gemeinderatssaal des Stadthauses erleben und auch selber politisieren können. Auch ich mache dieses Jahr nun zum dritten Mal mit, weil mir wichtig ist, dass Jugendliche direkt mit Politik in Berührung kommen.*

*Um Junge für Politik zu motivieren, nutzt zum Beispiel die Junge SVP alle Gelegenheiten, sich bei Schulen an Podiumsdiskussionen zu beteiligen und aktiv Jungmitglieder zu werben.*

*Genau das – das erwähnte Engagement – trägt dazu bei, dass bei den Jungen Interesse für Politik geweckt wird. Junge müssen für politische Beteiligung begeistert werden können. Die Wenigsten beteiligen sich aus eigenem Antrieb in frühem Alter an der Politik.*

*Letztlich muss das Ziel sein, Jugendliche für Politik so zu begeistern, dass sie abstimmen gehen und sich wenn möglich aktiv und ausdauernd am politischen Geschehen beteiligen.*

*Und es ist doch so: Motivation zum politischen Engagement erfolgt vorwiegend durch persönlichen Kontakt an Anlässen, Diskussionsveranstaltungen, an Schulen und mittels Gesprächen im Familien- und im Freundeskreis.*

*Eine Jugendmotion führt aus Sicht der EDU-/SVP-Fraktion nicht zum erwähnten Ziel. Was geschieht, wenn viele Eingaben erfolgen, die aber nicht umsetzbar sind? Müssen dann all die Kinder und Jugendlichen, die eine Motion eingereicht haben, enttäuscht werden?*

*Sind wir doch ehrlich - sogar uns Gemeinderäten fällt es manchmal schwer, zielführende Vorstösse zu formulieren. Und leider wird auch eine Jugendmotion nicht zu mehr Beteiligung von Jungen führen. Diejenigen, die sich beteiligen, werden wahrscheinlich von der Politik enttäuscht sein, weil ihre Anliegen nicht wie gefordert umsetzbar sind.*

*Viel wichtiger ist es doch, dass Kinder und Jugendliche erfahren, wie wichtig es ist, dass sie sich eine persönliche Meinung zu politischen Themen bilden. Die Art und Weise, wie diese politischen Themen durchgesetzt werden – also, ob es eine Initiative, eine Motion, ein Postulat, eine Petition oder was auch immer braucht – ist erst in zweiter Linie, als gewählter Politiker, wichtig.*

*Fördern wir die politische Mitsprache der Kinder und Jugendlichen durch politische Diskussionen, die sie persönlich betreffen und binden diese in den Alltag ein. Sowohl die Lehrerschaft, als auch die Eltern, Verwandten und Bekannten sind dafür in die Pflicht zu nehmen. Aber auch die politischen Organisationen sind gefordert – sie sind auf Nachwuchs angewiesen, weshalb es auch in ihrer Hand liegt, Junge für die Politik zu motivieren.*

*Den Jungen gehört die Zukunft. Setzen wir uns persönlich das Ziel, mehr für Jugendförderung zu tun und somit die persönliche Meinungsbildung bei Jungen zu fördern. Das ist besser, als*

*administrative Massnahmen einzuführen, die vor allem formelle Diskussionen hervorrufen und Politik schlimmstenfalls als abschreckend empfinden lassen. Lehnen Sie deshalb den Vorstoss mit der SVP-/EDU-Fraktion ab.*

**Seyhan Kâhya** ergreift das Wort und zeigt sich befremdet, dass von rechter Seite Steine in den Weg gelegt werden. Und dies grad noch von den jungen Vertretern. Es geht nicht nur drum, mal mit Jugendlichen auf einer Podiumsveranstaltung zu diskutieren oder drei Klassen ins Stadthaus einzuladen sondern alle Jugendliche auf kommunaler Ebene sollen gewürdigt werden. Diese Nein-Mentalität ist schade, man soll ein echter Schritt wagen bzw. nicht die Chance vermasseln und verpassen für unsere Jugendlichen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 22 : 12 Stimmen**

**die Motion zu überweisen.**

## 5 Einzelinitiative von Thomas Eschler betreffend Unterstellung der Stadt Uster dem kantonalen Ombudsmann

Der Einzelinitiant ist persönlich nicht anwesend. Seine Ausführungen/Begründungen hat er dem Sekretariat per Mail mitgeteilt. Für die Geschäftsleitung referiert Walter Meier.

### Walter Meier

Walter Meier verliest die weiteren Stichworte, die der Geschäftsleitung von Thomas Eschler zugegangen sind.

Warum den kantonalen Ombudsmann auch für Uster?

- Für einen besseren Service für den Bürger bzw. die Bürgerin
- Für mehr Freundlichkeit gegenüber dem Bürger bzw. der Bürgerin
- Für das Schliessen einer Lücke in Bezug auf die unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle, die keine Rechtsauskünfte zur öffentlichen Verwaltung und die Politik abgibt
- Für mehr Transparenz und weniger Abzocke
- Für mehr Treu und Glauben in der Stadt Uster
- Für mehr Bürger/innen-Nähe

### Stadtrat Martin Bornhauser

*Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder vom Gemeinderat.*

*Der Stadtrat lehnt den Anschluss an die kantonale Ombudsstelle ab. Ich möchte das erklären.*

*Im Jahr 2007 haben wir gemeinsam die Totalrevision des Gemeinderats beschlossen. Schon damals ist die Frage, ob man sich die kantonale Ombudsstelle anschliessen soll, diskutiert worden. Damals haben Sie auf Antrag des Stadtrats beschlossen, das sei nicht nötig. Der Stadtrat ist meiner Meinung, dass sich das Verhältnis und die politische Umstände zu dem Thema nicht in anderer Richtung entwickeln hätten. Und drum galt das Argument, was man damals in der Diskussion hatte, nicht heute. Heute ist es so, dass man in der Zwischenzeit etwas Beschwerdewesen neu strukturiert und ausgebaut hat. Es ist heute schneller und kundenfreundlicher.*

*Außerdem meiner Meinung, dass der finanzielle Aufwand von ca. 50 - 60 Tausend Franken im Jahr unverhältnismässig hoch ist - für soviel Geld könnte man sich ein eigenes Teilzeit-Ombudsstellen leisten.*

*Und wenn man den finanziellen und administrativen Aufwand gegenüber stellt, den man für die Einwohnerinnen und Einwohner und mit dem heutigen Beschwerdewesen vergleicht, dann braucht die Stadt Uster keinen Anschluss an die kantonale Ombudsstelle.*

*Der Stadtrat bittet Sie, Ihre Argumentation zu verfolgen.*

*Der Stadtrat hätte gerne selber ein Instrumentarium hätte gegen Gemeinderäte wie Patricio Frei, der behauptet, dass der Stadtrat rechtswidrig handelt.*

**Matthias Bickel**

*Sehr geehrter Frau Gemeinderatspräsidentin*

*Geschätzte Anwesende*

*Die FDP/JFU-Fraktion wird die Einzelinitiative nicht unterstützen.*

*Bei der Überarbeitung der Gemeindeordnung wurde dieses Thema schon diskutiert und nicht implementiert. Die Situation hat sich seither nicht geändert. Denn:*

*Eine Ombudsstelle ist kein Allheilmittel. Eine Ombudsstelle ist zwar eine gute Sache, denn sie versucht zwischen Bürger und Behörden zu vermitteln. Sie verhindert aber keinen Streit, sondern wird erst gerufen, wenn es schon brennt... Viel wichtiger wäre jedoch, dass es gar nicht zum Brand käme! Und drum hat die Stadt Uster vor ein paar Jahren die Beschwerde-Box eingerichtet und damit positive Erfahrungen gemacht. Denn Bürger und Bürgerinnen sollen sich melden, bevor es brennt! Und das ist auch der Vorteil im Vergleich den grossen Städten: man kennt sich in Uster noch und redet miteinander! In Uster sind Stadtverwaltung und Behörden offen und gesprächsbereit! Wer damit nicht zufrieden ist, kann sich dann immer noch beschweren: beim Bezirk oder in juristischen Themen beim Gericht.*

*Drum: eine Ombudsstelle ist hier nicht nötig! Abgesehen davon wäre das Kosten-Nutzen-Verhältnis auch sehr schlecht, als dass es sich lohnte CHF 50'000 - 60'000 PRO Jahr dafür aufzuwenden - und dies pauschal! (Der Betrag wird aufgrund der Bevölkerungszahl und nicht nach der Zahl behandelter Fälle bestimmt.) Mit diesem Geld könnten wir eine eigene Ombudsstelle betreiben! Doch wir haben in Uster andere Grossprojekte, wo dieses Geld besser investiert ist – zum Beispiel in Schulhäusern!*

*Für die FDP/JFU-Fraktion:*

*Matthias Bickel, Gemeinderat.*

*Uster, 27. Mai 2013.*

**Wolfgang Harder** ergreift das Wort und führt aus, dass ein Ombudsmann für Uster eine gute Sache wäre, aber bitte kein Anschluss an den kantonalen Ombudsmann.

Begründung:

- er ist zu weit weg
- wir brauchen eine Ustemerin oder einen Ustemer
- ein Anschluss wäre viel zu teuer
- ein Ombudsmann für Uster muss kein Staatsangestellter sein. Er/sie kann auf Mandatsbasis arbeiten; das würde sicher weniger als die Hälfte kosten
- der kant. Ombudsmann residiert in Zürich, ob er die Stadtverwaltung Uster kennt ist nicht bekannt. Das aber wäre neben seiner Persönlichkeit die wichtigste Voraussetzung.
- Wir brauchen jemanden hier in Uster, der weiss wohin er gehen muss, der weiss, wo die richtigen AnsprechpartnerInnen sitzen, um ein Problem zu klären.
- der kantonale Ombudsmann handelt nach eigenen Richtlinien, die wir nicht beeinflussen können. Das kann nicht in unserem Interesse sein.

Daher ist die Initiative abzulehnen, aber die Idee sollte man aufgreifen und weiterverfolgen.

### **Thomas Wüthrich**

*Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Geschätzte Anwesende*

*Der Kantonale Ombudsmann, SVP-Mitglied Dr. Thomas Faesi, begrüsst uns auf seiner Website mit den Worten "Haben Sie Schwierigkeiten im Kontakt oder im Umgang mit den Behörden [...], dann kontaktieren Sie mich."*

*Dass wir vom Gemeinderat immer wieder Schwierigkeiten mit der Exekutive haben, liegt in der Natur der Sache. Wir können unserem Ärger in diesem Saal aber auch immer wieder Luft machen, und vom Stadtrat Erklärungen einfordern.*

*Die Einwohnerinnen und Einwohner von Uster haben aber niemanden, der ihnen im Umgang mit der Verwaltung zur Seite stehen kann, wenn Probleme auftauchen. Hier schliesst die kantonale Ombudsstelle eine gravierende Lücke.*

*Ombud kommt von altnordisch "Vollmacht, Auftrag". Mit dem Anschluss Usters an die Ombudsstelle würde der Ombudsmann die Vollmacht erhalten, auf eine Beschwerde hin zu prüfen, ob die städtischen Behörden nach "Recht und Billigkeit" verfahren, also korrekt handeln. Dabei darf die Ombudsstelle bei allen Abteilungen schriftliche oder mündliche Auskünfte verlangen, Besichtigungen durchführen und die Herausgabe aller für den Fall relevanten Akten fordern. Doch die Ombudsstelle erlässt keine Vorschriften. Sie erteilt den Involvierten Rat, vermittelt zwischen den Parteien oder erlässt zu Handen der zuständigen Behörde eine schriftliche Empfehlung. Die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Exekutive werden also vollumfänglich respektiert.*

*Wir Grünen sind der Ansicht, dass sich der Bau dieser Brücke zwischen Einwohnerschaft und Stadtverwaltung lohnt. Auch dann, wenn der Anschluss wohl Kosten von geschätzten 70'000.- Fr. pro Jahr zur Folge hat. Einer Stadt, die sich dem Öffentlichkeitsprinzip verpflichtet fühlt, wird mit der Ombudsstelle noch ein externes ethisches Gewissen zur Seite gestellt. Es ist eine Versicherung dafür, dass die Verwaltung auch in Zukunft im Dienste der Bürgerin und des Bürger handelt.*

*Ein Ja zur Einzelinitiative ist ein Ja zum Ausbau der Bürgerrechte. Es ist eine vertrauensbildende Massnahme, welche die Nähe der Stadtverwaltung zur Bürgerin und zum Bürger demonstriert und bewahrt. Und anzumerken bleibt, dass in unserem Bezirk sich bereit Mönchaltorf und Greifensee der Ombudsstelle angeschlossen haben.*

*Aufgrund dieser Argumente empfehlen Ihnen die Grünen, die Einzelinitiative vorläufig zu unterstützen.*

*Thomas Wüthrich, Gemeinderat Grüne*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative ist die Zustimmung von 12 Mitgliedern des Gemeinderates erforderlich (Art. 11 Abs. 3 GO).

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 10 Stimmen**

**die Einzelinitiative nicht zu unterstützen.**

**6 Antrag der Primarschulpflege betreffend Kreditgenehmigung für den Wettbewerb und das Vorprojekt neues Schulhaus Krämeracker  
(Antrag Nr. 160/2013)**

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Claudia Wyssen**.

Claudia Wyssen hat einen Antrag auf Redezeitverlängerung gestellt, aufgrund des komplexen Themas.

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 30 Stimmen, der Redezeitverlängerung zuzustimmen.**

**Claudia Wyssen**

*Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Geschätzter Gemeinderat von Uster*

*Die Kommission für Bildung und Kultur hat den Antrag 160 betreffend der Kreditgenehmigung für den Wettbewerb und das Vorprojekt neues Schulhaus Krämeracker an drei Sitzungen am 4. März, 25. März und 6. Mai 2013 behandelt.*

*In einem ersten Teil werde ich auf den Antrag 160 eingehen.*

*Für die Durchführung des Wettbewerbs und die Erarbeitung des Vorprojektes für ein neues Schulhaus Krämeracker beantragt die Primarschule einen Investitionskredit von 1,49 Millionen Franken.*

*Weiter werden für die vom Gemeinderat am 13. Februar 2012 genehmigten Planungsgrundlagen für das neue Schulhaus Krämeracker die Optionen Kunstrasenfeld und der Abbruch einer Turnhalle der Sekundarstufe mit den entsprechenden zusätzlichen Investitionskosten beantragt.*

*Aufgrund der starken Zunahme der Ustermer Bevölkerung wird dringend ein neues Schulhaus benötigt. Dafür ist die Parzelle beim Sekundarschulhaus Krämeracker vorgesehen. Das erste Projekt scheiterte, worauf hier nicht mehr eingegangen werden soll. Die Planungsgrundlagen für das neue Schulhaus Krämeracker wurden vom Gemeinderat 2012 bewilligt. Im neuen Schulhaus sollen gemäss dem vorliegenden Antrag 4 Kindergärten, 12 Klassen der Primarschule, sowie 6 Klassenzimmer für die Sekundarstufe untergebracht werden können. Dazu soll eine Dreifach-Turnhalle und die notwendigen Nebenräume gebaut werden. Vier Klassenräume der Primarschule sind als Reserve für das Bauentwicklungsgebiet Eschenbühl geplant. Aufgrund der Kulturlandinitiative ist allerdings momentan offen, ob das Gebiet Eschenbühl realisiert werden kann. Gemäss Antrag sollen die für die Sekundarstufe vorgesehenen Räume an ebendiese kostendeckend vermietet werden.*

*Aufgrund der zu kleinen Grundstücksfläche wird die Sekundarstufe der Primarschule ein zusätzliches Grundstück von 4'400 m<sup>2</sup> zur Verfügung stellen. Darauf steht die sanierungsbedürftige Turnhalle der Sekundarstufe.*

*Die Primarschulpflege hat sich entschieden, drei Varianten aufzuzeigen, wobei die Primarschule die Basisvariante beantragt. Die Kostengenauigkeit beträgt +/- 20%.*

*Aufgrund der Terminplanung kann davon ausgegangen werden, dass das neue Schulhaus Krämeracker frühestens auf Beginn des Schuljahres 2017/2018 bereit steht.*

### Die Varianten

Für die Basisvariante mit 22 Klassenzimmern, Nebenräumen, Verkehrsflächen, Dreifach-Turnhalle und Aussenflächen ist ein Investitionskredit von 37 Millionen nötig.

Die Primarschule hat zusätzlich eine Minimalvariante berechnen lassen. Darin sind 4 Klassenzimmer weniger vorgesehen, was zu einer Ersparnis von 1,426 Millionen führt. Anstelle der Dreifachturnhalle wird nur eine Doppeltturnhalle gebaut – die Ersparnis hierfür beträgt 3,049 Millionen. Die Kosten der Minimalvariante betragen 31,8 Millionen.

Die auch berechnete Maximalvariante umfasst zusätzliche Optionen mit Kosten von total 44,4 Millionen Franken.

Da vom Kanton keine Staatsbeiträge mehr bezahlt werden, handelt es sich bei diesen Kosten um Nettokosten.

Aus Sicht der Primarschulpflege und der Sekundarschulpflege ist die Basisvariante optimal.

Die Kosten für die Machbarkeitsstudie betragen 225'000 Franken. Diese wurden von der Primarschulpflege in eigener Kompetenz bewilligt.

Die Kosten für den Wettbewerb belaufen sich auf 740'000 Franken und werden dem Gemeinderat zur Genehmigung beantragt. Sie sind nicht Teil des Investitionskredites.

Aufgrund des strengen Zeitplanes muss das Vorprojekt zeitlich überlappend mit dem Planungskreditantrag umgesetzt werden. Für das Vorprojekt wird mit Kosten von 750'000 gerechnet. Auch diese sollen vom Gemeinderat bewilligt werden und sind Teil des Investitionskredites.

Während das Vorprojekt erarbeitet wird, soll der politische Weg zur Volksabstimmung durchlaufen werden.

Die Optionen finden sie im Antrag detailliert aufgeführt und darauf werde ich im Bericht über die Beratung in der KBK eingehen.

### Zum Projektwettbewerb

Der Wettbewerb soll zweistufig ablaufen. Die Planungsteams werden aus einer offen ausgeschriebenen Präqualifikation ausgewählt. Diese können sich am eigentlichen Projektwettbewerb beteiligen. Die externe Projektleitung Bauherr wird den Wettbewerb abwickeln. Die Zusammensetzung des Preisgerichts finden sie detailliert im Antrag.

### Durchführung des Vorprojektes

In der Vorprojektphase sollen die Entscheide gefällt werden und Unterlagen, wie ein Projekthandbuch, die Terminplanungs usw., erarbeitet werden.

Die Projektleitung wurde an eine Steuergruppe delegiert, welche sich aus der Präsidentin der Primarschule, Sabine Wettstein, der Stadträtin Barbara Thalmann, dem Präsident der Sekundarschulpflege Thomas Pedrazzoli, den Primarschulpflegemitgliedern Anita Unholz und Enrico Müller sowie der Fachbegleiterin des Geschäftsfeldes Liegenschaften Karin Reifler zusammensetzt. Diese wiederum wird von der externen Projektleitung Bauherr, Herrn Thomas Häberli und Michael Pauli der Firma Brandenberger und Ruosch AG unterstützt. Dazu werden bei Bedarf weitere Fachleute beigezogen.

Der Antrag 160 wurde auch im Stadtrat behandelt und der Stadtrat hat dem Gemeinderat vier Empfehlungen ausgesprochen:

1. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass das von der Primarschule bevorzugte Basisprojekt zu teuer ist. Er empfiehlt die vier Schulräume zu streichen, die für das Bauentwicklungsgebiet Eschenbühl vorgesehen sind.
2. Der Stadtrat ist der Meinung, dass sich die Sekundarstufe an den Investitionskosten anteilmässig beteiligen soll. Dies würde dazu führen, dass von beiden Schulgemeinden dem Volk je eine Vorlage vorgelegt würde.
3. Der Stadtrat wünscht, dass das Vorprojekt erst gestartet wird, wenn der Wettbewerb abgeschlossen ist.
4. Der Stadtrat erachtet die Kosten für den Wettbewerb von 740'000 Franken als zu hoch.

### **Zu den Beratungen in der KBK**

In der ersten Besprechung erhielten wir allgemeine Informationen zum Antrag und der momentanen sowie zukünftigen Situation.

Gemäss der Primarschulpflege sollen die diversen Pavillons nicht stehen bleiben, weshalb dringend ein neues Schulhaus notwendig ist. Im Schulhaus Pünt, Niederuster sowie Gschwader fehlen noch diverse Gruppenräume. Zudem wächst Uster stetig und es ist mit 200 bis 300 Neuzuzüger pro Jahr zu rechnen. Pro Schulstufe erhöht sich dadurch der Bedarf jährlich um 1 bis 1,3 Klassen. Deshalb möchte die Primarschulpflege an den vier Klassenzimmern, die fürs Eschenbühl geplant waren, festhalten. Weiter wird heute vermehrt verdichtet gebaut.

Die Abgänge von Schülern und Schülerinnen an Privatschulen oder ans Gymnasium wurden bei den Berechnungen berücksichtigt.

Die Schulhäuser Pünt-Niederuster-Gschwader können als Achse betrachtet werden und stellen eine Art Pufferzone dar. Die Schulhauszuteilungen auf dieser Achse ändern häufig und es kommt immer wieder zu Verschiebungen. Das Krämeracker befindet sich auf dieser Achse und würde insbesondere auch Kinder aus dem Gebiet Loren abfangen und grundsätzlich alle Kreise entlasten.

Die Berechnungen der Primarschulpflege bezüglich der Anzahl Klassenzimmer wurden in der KBK in Frage gestellt. Grundsätzlich seien die heutigen Klassenzimmer gemäss der Primarschulpflege zu klein und entsprechen nicht mehr den heutigen Unterrichtsformen. Zwei neue Kindergärten mussten bereits aufgemacht werden, weitere werden dazu kommen müssen. Diese Welle von Kindern wird sich weiter nach oben verschieben. Wenn die Kindergartenkinderzahl wieder abnimmt, können diese Räume als Klassenzimmer verwendet werden.

Sowohl die Sekundarschule als auch die Primarschule bestätigen, dass sämtliche vorhandenen Räume genutzt werden und es keine leerstehenden Schulzimmer gibt. Beide Schulen beklagen fehlende Gruppenräume. Zudem seien 500 Tagesstrukturplätze geschaffen worden, ohne zusätzliche Räume zu bauen. Weiter führte die Einführung der Blockzeiten zu einem grösseren Raumbedarf.

Die umliegenden Gemeinden haben diesbezüglich ähnliche Probleme wie Uster.

In der ersten Besprechung der KBK war Stadtrat Werner Egli anwesend und erläuterte uns die Empfehlungen des Stadtrates.

Es wurde nachgefragt, ob der Stadtrat das verdichtete Bauen in seine Überlegungen auch einbezogen hat. Hierauf wurde seitens Stadtrat geantwortet, dass sich der Stadtrat auf die Zahlen der Primarschule abgestützt hat.

Zur finanziellen Mitbeteiligung der Sekundarschule wurde uns seitens der Primarschule und des Stadtrates erläutert, dass der Entscheid der Sekundarschule, ob sie mitbaut oder später mieten will, zum jetzigen Zeitpunkt noch keinen Einfluss auf den Antrag hat. Diese Frage wird momentan in der

*Sekundarschulpflege noch diskutiert. Die Planungskosten werden von der Primarschule getragen. Grundsätzlich wird der Wettbewerb erst gestartet, wenn das Raumprogramm klar ist.*

*Zu den Musikzimmern*

*Die PSU muss der Musikschule Räume zur Verfügung stellen. Die Musikschule wünscht sich diese an einem zentralen Ort. Aus Sicht der Eltern und der Kindern macht es aber Sinn, wenn der Musikunterricht in der Schuleinheit stattfindet. Im Krämeracker wären daher vier Räume ideal.*

*Zu den Kosten des Wettbewerbskredites*

*Die Primarschule geht von fünf Projekten aus, die zu jurieren sind. Es soll vorgängig geprüft werden, was möglich ist, weshalb die Kosten hier eher höher sind.*

*Photovoltaik*

*Die gewonnene Energie soll für das Schulhaus genützt werden. Dies werde zu weniger hohen Kosten im Unterhalt führen. Weitere Varianten wie Erdsonde oder Wärmeverbund wurden geprüft, aber aufgrund der Erfahrungen mit dem Hallenbad hat man sich für Photovoltaik entschieden.*

*Wünschenswert ist eine Zufahrt zum Schulhaus über die Zürichstrasse. Hierzu ist man in Gesprächen mit dem Kanton.*

*In der zweiten KBK-Sitzung sind wir vertieft auf die Optionen eingegangen.*

*Bezüglich der Photovoltaik bestehen verschiedene Möglichkeiten der Finanzierung der Anlage. Zum jetzigen Zeitpunkt muss allerdings lediglich bestimmt werden, ob überhaupt eine gebaut werden soll.*

*Die Nachfrage nach den Sachpreisrichtern hat ergeben, dass dort 16'000 Franken gestrichen werden können, da mittlerweile entschieden worden ist, dass alle Sachpreisrichter von der Primarschule gestellt werden.*

*In der KBK wird kritisiert, dass die Unterlagen für einen Laien schlecht prüfbar sind.*

*In der zweiten KBK-Sitzung wurde der Antrag gestellt, dass der Antrag 160 auch der Kommission Planung und Bau zur Prüfung vorgelegt wird.*

*Nach Diskussion des Antrages wurde er mit 6:3 Stimmen abgelehnt.*

*Weiter wurde der Antrag gestellt, dass die Kosten für den Wettbewerb und das Vorprojekt zusätzlich von einer unabhängigen und externen Stelle überprüft werden sollen.*

*Dieser Antrag wurde nach ausführlicher Diskussion ebenfalls mit 6:3 Stimmen abgelehnt.*

*Auf Nachfrage erhielten wir weitere Unterlagen zur Mehrwertsteuer.*

*Die konkreten Anträge wurden in der dritten KBK-Sitzung gestellt.*

Wir kommen zu den Anträgen der KBK:

**Kürzung der Kosten des Wettbewerbs von 740'000 Franken auf 600'000 Franken**

Die Kürzung soll bei der Reserve und den Sitzungsgeldern, den Sitzungsgeldern durch interne Personen (Stadtrat und Mitglieder Primarschulpflege) und dem Wegfall der Mehrwertsteuer für interne Leistungen kompensiert werden.

Diesem Antrag stimmte die KBK mit 5:2 Stimmen zu.

**Kürzung der Kosten des Wettbewerbs von 740'00 Franken auf 450'000 Franken.**

Dieser Antrag wird von der KBK mit 5:2 Stimmen abgelehnt.

**Der Originalantrag der mit 1,49 Millionen veranschlagt wird, wurde dem gekürzten Antrag mit 1,35 Millionen gegenübergestellt.**

Die KBK sprach sich mit 5:2 Stimmen für den gekürzten Antrag über 1,35 Millionen aus.

**Das neue Schulhaus Krämeracker soll in der Minimalvariante erstellt werden.** Das heisst 18 Klassenzimmer mit Nebenräumen, einer Doppelturnhalle mit Verzicht des Abbruchs der Turnhalle. Dabei sollen die Primarschule und die Sekundarschule den Verteilschlüssel der Klassenzimmer neu verhandeln und dem Gemeinderat zur Genehmigung vorlegen. Bei diesem Antrag ist ein besonderes Augenmerk auf die flexible Aufteilung der Zimmer zu legen. Diese soll nochmals neu verhandelt werden.

Diesem Antrag stimmte die KBK mit 4:3 Stimmen zu.

**Es soll ein Kunstrasenfeld gebaut werden.**

Die Kosten hierfür betragen geschätzte 437'000 Franken.

Die Nutzung des Rasens soll primär den Schülern dienen, da Naturrasenfelder bei schlechtem Wetter häufig gesperrt werden.

Die KBK stimmte diesem Antrag mit 6:1 Stimmen zu.

**Es soll eine Photovoltaikanlage gebaut werden.**

Die Kosten sollen sich auf ca. 1,35 Millionen Franken belaufen.

Die Dachfläche bietet sich hier sehr gut an und die Stadt Uster soll ihrer Vorbildfunktion bezüglich ökologischer Stromproduktion gerecht werden.

Die KBK stimmte diesem Antrag mit 6:1 Stimme zu.

**Es soll mit Minergie P-eco Standard gebaut werden.**

Aufgrund der geplanten Photovoltaikanlage wären die zusätzlichen Kosten gering.

Die KBK lehnt diesen Antrag mit 5:2 Stimmen ab.

**Die Erstellung mit dem DGNB-Label wird beantragt.**

Die KBK lehnt diesen Antrag mit 4:3 Stimmen ab.

**Es werden Zusatzräume für die Tagesschule beantragt.**

Die KBK spricht sich mit 4:3 Stimmen gegen diesen Antrag aus.

**Es sollen Zusatzräume für die Musikschule eingeplant werden.**

Diesen Antrag lehnt die KBK mit 6:1 Stimme ab.

**Es wird beantragt, dass die Projektphase 3 getrennt von der Teilprojektphase 22, also dem Wettbewerb, dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt wird.**

Dieser Antrag wird mit 5:2 Stimmen abgelehnt.

Ich fasse die von der KBK gestellten Anträge zusammen:

- Die Kosten des Wettbewerbs sollen von 740'000 Franken auf 600'000 Franken gekürzt werden.
- Das neue Schulhaus Krämeracker soll in der Minimalvariante erstellt werden.
- Es soll ein Kunstrasenfeld gebaut werden.
- Und es soll eine Photovoltaikanlage gebaut werden.

Die KBK beschliesst, dem Gemeinderat folgendes zu beantragen:

1. Für die Durchführung des Wettbewerbs und die Erarbeitung des Vorprojektes für das neue Schulhaus Krämeracker wird der geänderte Investitionskredit von 1,35 Millionen Franken (inkl. Mehrwertsteuer) bewilligt.
2. Anstelle der Basisvariante wird der Minimalvariante zugestimmt und um die Optionen Kunstrasenfeld und Photovoltaikanlage erweitert.

Besten Dank für das Engagement der Primarschule, der Sekundarschule und der Vertretung der Projektleitung.

Claudia Wyssen, Präsidentin KBK

**Primarschulpräsidentin Sabine Wettstein** ergreift das Wort. Man habe das Geschäft umfassend und intensiv diskutiert. Sie geht auf die Bedeutung des Krämerackers ein. Thomas Pedrazzoli, Präsident der Sekundarstufe, ist während des Projektverlaufes immer dabei gewesen. Heute sitzt auch ein Teil der Schulpflege auf der Tribüne. Der Abbruch des ersten Projektes war auch eine Chance für ein Neuanfang. Die Zusammenarbeit mit der SSU fand ihren Anfang. Auf dem gleichen Gelände werden zwei Gemeinden funktionieren. Zusammen hat man den Pädagogischen Kompass entwickelt, das Bedürfnis nach einer Tagesschule evaluiert (positive Rückmeldungen sind da) und auch die Schulraumstrategie entwickelt. Eine intensive Zusammenarbeit. Die PSU muss den Blick in die Kristallkugel wagen betreffend des Raumprogrammes, die SSU hat es besser. Wir halten daran aber fest. Die städtebauliche Verdichtung nimmt zu, die Zentrumsentwicklung steht bevor

usw. Man kann nie zuviel Schulraum haben, eher immer zu wenig. Das Stellen von Pavillons werden immer die kritischen Spitzen decken. Aber es steht für Uster nicht an, als Wohnstadt.

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Meier**.

*Sehr geehrte Präsidentin  
Sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen*

*Die RPK hat an der Sitzung vom 13. Mai 2013 den Antrag behandelt. Von Seiten der Primarschulpflege stand Stadträtin Sabine Wettstein Red und Antwort, von Seiten SSU Thomas Pedrazzoli.*

*Zudem erläuterte in einem ersten Teil der Sitzung Stadtrat Werner Egli die Haltung des Stadtrates.*

- Der Stadtrat bevorzugt das Basisprojekt (nicht das Minimalprojekt), welches jedoch um 4 Schulzimmer reduziert werden soll. Eine Quantifizierung in Franken hat der Stadtrat für diese Reduktion nicht vorgenommen.*
- Der Stadtrat ist der Ansicht, dass die SSU sich an den Baukosten beteiligen soll. Damit könnte die Investitionssumme für die Stadt Uster reduziert werden. Zudem wäre es vermutlich für die SSU die günstigere Variante. Die SSU wird voraussichtlich so oder so eine Volksabstimmung machen müssen – ob wegen der wiederkehrenden Miete oder dem einmaligen Baukredit.*
- Dem Stadtrat ist es enorm wichtig, dass das Vorprojekt erst gestartet wird, wenn der Wettbewerb abgeschlossen ist. Das Bauprojektmanagement-Handbuch sieht dieses Vorgehen vor und die Verantwortlichen von der Bauseite haben erklärt, dass nur dieses Vorgehen in Frage kommt.*
- Der Stadtrat ist der Meinung, dass die Kosten für den Wettbewerb zu hoch veranschlagt sind. Auch in diesem Fall hat der Stadtrat aber keinen Betrag angegeben, um welchen der Wettbewerbskredit zu kürzen wäre.*

*Aus der Diskussion aus der RPK*

### **1. Kostenbeteiligung der SSU**

*Thomas Pedrazzoli erläutert, dass die SSU die Empfehlung des Stadtrates zur Kenntnis genommen hat, vorläufig jedoch keinen Grund sieht, die eigene Haltung zu überdenken. Die SSU baut im Weidli ein neues Schulhaus mit 4 Schulzimmern für die HPSU (welche von der PS geführt wird). Die Primarschule wird sich im Weidli einmieten. Im Gegenzug baut die PS für die SSU im Krämi und die SSU wird sich (allerdings mit 6 Zimmern) einmieten. Die entsprechenden Verträge wurden von der PS und der SSU je gegenseitig unterschrieben. Zudem ist zu sagen, dass erst zum Zeitpunkt der Volksabstimmung die Frage geklärt sein muss, wer nun wirklich wie viel investiert resp. mietet.*

*Thomas Pedrazzoli und Sabine Wettstein betonen in diesem Zusammenhang, dass für die Schulpflegen nicht das Finanzierungsmodell im Vordergrund steht, sondern die Qualität der Zusammenarbeit der beiden Pflegen. Sowohl beim Bauprojekt Weidli wie auch beim Krämeracker ist die jeweils nicht federführende Pflege mit einem stimmberechtigten Mitglied vertreten.*

### **Trennung Baukredit und Vorprojekt**

*Stadträtin Sabine Wettstein erläutert, weshalb die beiden Kredite miteinander abgeholt werden sollen:*

- Der Gemeinderat hat sich erstmals zu den Planungsgrundlagen geäußert*
- Ein zweites Mal berät jetzt der Gemeinderat den Kredit für den Wettbewerb und das Vorprojekt.*

- *Ein drittes Mal wird der Gemeinderat involviert, wenn es um den Projektierungskredit geht (wobei hier noch eine Volksabstimmung folgt)*
- *Ein viertes Mal berät der Gemeinderat das Schulhaus Krämeracker im Hinblick auf den Baukredit (auch hier wird eine Volksabstimmung folgen).*

*Jedesmal, wenn der Gemeinderat einbezogen wird (d.h. es gibt eine Beratung in der Schulpflege, dann im Stadtrat und dann noch im Gemeinderat) muss mit einem Unterbruch von rund einem halben Jahr gerechnet werden. Dieses halbe Jahr will die PS einsparen, in dem der Kredit für das Vorprojekt jetzt eingeholt. Mit dem Vorgehen, dass das Vorprojekt vor dem Einholen des eigentlichen Projektierungskredits abgeschlossen wird, soll eine genauere Kostenschätzung bereits beim Einholen des Projektierungskredits möglich sein. Zudem hält das Bauprojektmanagement-Handbuch an keiner Stelle fest, wann die jeweiligen Kredite einzuholen sind. Das gewählte Vorgehen ist also gemäss heute gültigem Handbuch möglich.*

*In diesem Zusammenhang wird in der RPK ein Antrag gestellt, der dann auch eine Mehrheit findet (genauer Wortlaut und Abstimmungsergebnis am Schluss bei den Abstimmungen).*

### **Die Optionen**

*Von den aufgeführten Optionen wurden folgende diskutiert:*

- *Die beiden Stadträte wiesen darauf hin, dass zwar in unmittelbarer Nähe des neuen Schulhauses ein Mangel an Zivilschutz-Plätzen besteht, in einem etwas erweiterten Perimeter jedoch ein grosses Überangebot an Zivilschutz-Plätzen vorhanden ist. Aus diesem Grund müssen im Krämeracker keine Plätze gebaut werden. Der Zivilschutz wurde (vom Stadtrat) beauftragt, die heutige Zivilschutzplatz-Planung zu überprüfen.*
- *Es wurde festgehalten, dass in allen diskutierten Varianten im Krämeracker am Schluss 4 Turnhallen zur Verfügung stehen werden. Bei der Minimalvariante würden die beiden bestehenden Turnhallen der SSU stehen gelassen und im neuen Schulhaus eine Doppelturnhalle gebaut. Bei der Basisvariante würde nur eine bestehende Turnhalle stehen gelassen und im neuen Schulhaus eine 3-fach-Turnhalle gebaut. Die neu zu bauenden Turnhallen sind jedoch von der Fläche her grösser als die beiden bestehenden Hallen.*
- *Eine Frage betraf die Räume für eine Tagesschule: Falls die Zusatzräume für eine (vermutlich später einmal zu realisierende) Tagesschule nicht gebaut werden – was würde der nachträgliche Bau kosten? Stadträtin Sabine Wettstein macht darauf aufmerksam, dass eine Tagesschule vor allem Platz braucht. Müsste man diese Räume nachträglich bauen, wäre das vielleicht der Preis, den man für ein Schulhaus mit 4 Schulzimmern rechnen müsste – also 4 Mio.? Realistischer wäre es jedoch, die Anzahl Schülerinnen/Schüler in der Schulanlage zu reduzieren, das würde auch zusätzlichen Platz schaffen. Nur würden diese Schüler/Schülerinnen in einer anderen Schulanlage wieder Platz benötigen, was vermutlich ja auch wieder kosten würde.*

### **Abstimmungen**

*Die Anträge der KBK gelten in der RPK als gestellt. Also wurde über diese abgestimmt:*

1. *Der Kürzungsantrag, den Wettbewerbskredit von Fr. 740' auf Fr. 600' zu kürzen fand mit 6 : 3 Stimmen eine Mehrheit.*
2. *Der Antrag, die Minimalvariante statt der Basisvariante als Ausgangspunkte für die weitere Planung zu wählen fand mit 5 : 4 Stimmen eine Mehrheit. (Mit diesem Antrag ist der Auftrag an die beiden Schulpflegen verbunden, die Aufteilung des Raumprogramms zwischen PS und SSU nochmals zu überdenken)*
3. *Der Antrag, ein Kunstrasenfeld zu bauen fand mit 6 : 3 Stimmen eine Mehrheit*
4. *Der Antrag, eine Photovoltaikanlage zu bauen fand mit 7 : 2 Stimmen eine Mehrheit.*

Zusätzlich wurde folgender Antrag gestellt:

*Als 3. Punkt ist im Dispositiv aufzunehmen:*

*Die Primarschulpflege darf das Vorprojekt erst dann starten, wenn der Wettbewerb abgeschlossen ist und die Resultate die vom Gemeinderat genehmigten Rahmenbedingungen bezüglich Raumprogramm und Kosten erfüllen.*

*Dieser Antrag fand mit 5 : 4 Stimmen eine Mehrheit.*

*Die RPK empfiehlt dem Gemeinderat mit zu 9:0 Stimmen (einstimmig), dem geänderten Antrag 160 (Änderungen gemäss oben erwähnten Abstimmungen) zuzustimmen.*

*W. Meier, Gemeinderat*

**Jürg Gösken** stellt einen

Antrag: Fr. 385'000 für Nachhaltigkeitslabel DGNB-CH

**Begründung:**

*Die im Abänderungsantrag geforderte DGNB-CH-Norm machen das Bauprojekt schlussendlich konform zu den beschlossenen Umweltzielen, welche unter anderem die Erlangung des Labels Energiestadt Gold, sowie dem Nachhaltigkeitsartikel der Gemeindeordnung entsprechen. Von der gesamten Bausumme machen diese Optimierungen ca. 1 Prozent aus, welche problemlos von Einsparungen bei den Betriebskosten refinanziert werden. Die Berücksichtigung bei der Erarbeitung des Vorprojekts ist aus beiden genannten Gründen unerlässlich und führt zu kaum erhöhten Kosten bei der Vorprojektierung.*

*Jürg Gösken*

**Claudia Wyssen**

*Geschätzte Frau Präsidentin  
Wehrte Anwesende*

*Die SP-Fraktion begrüsst den Antrag 160 der Primarschulpflege Uster. Wir sind froh, dass es endlich vorwärts geht mit dem neuen Schulhaus Krämeracker, da die stark wachsende Stadt Uster dringend zusätzlichen Schulraum benötigt. Immer wieder werde ich von Eltern auf die Pavillons vor unseren Schulhäusern angesprochen und darauf, dass dringender Handlungsbedarf betreffend dem Schulraum in unseren Schulhäusern besteht.*

*Und nun haben wir endlich die Gelegenheit fort zu fahren. Aber haben wir uns bei der Bearbeitung des Antrages über die offensichtliche Blindheit des Stadtrates geärgert, der auf vier Klassenzimmer verzichten will. Dies, da das Bauentwicklungsgebiet Eschenbühl in der Schwebelänge und eher nicht realisiert werde. Allerdings sind die Würfel dazu noch nicht gefallen. Und was ist, wenn im Gebiet Eschenbühl doch gebaut wird? Stellen wir dann wieder teure Pavillons auf? Kurz nachdem wir ein neues Schulhaus gebaut haben?*

*Und was ist mit weiteren Wohnungen im Gschwader? Dort wird momentan gebaut! Und sind nicht auch auf dem Zeughausareal, in unmittelbarer Nähe des zukünftigen Primarschulhauses*

*Krämeracker, ebenfalls Wohnungen geplant? Es ist kaum davon auszugehen, dass sich dies NICHT auf die Schulraumplanung auswirken wird!*

*Wir sind dezidiert der Ansicht, dass es absolut unsinnig wäre, ein Schulhaus zu bauen, das möglicherweise bereits bei der Fertigstellung zu klein ist und nicht genügend Schüler aufnehmen kann. Dazu noch an dieser zentralen Lage.*

*Auch im Bereich Energie soll das neue Schulhaus vorausschauend und nachhaltig erbaut werden. Daher unterstützen wir die beiden Anträge für das Nachhaltigkeitslabel DGNB-CH sowie die Erstellung einer Photovoltaikanlage. Diese geringen Zusatzinvestitionen zahlen sich nicht nur für die Umwelt aus, sondern auch finanziell durch tiefere Betriebs- und Unterhaltskosten.*

*Weiter sind wir der Ansicht, dass das neue Schulhaus zukunftsgerichtet sein soll. Dazu müssen auch genügend Räume für eine Tagesschule eingeplant werden. Immer wieder war eine Tagesschule Thema in den politischen Diskussionen und eine kürzlich veröffentlichte Umfrage der Primarschule hat ergeben, dass das Interesse und der Wunsch der Eltern schulpflichtiger Kinder nach einer Tagesschule gross ist.*

*Wir beantragen deshalb die Option „Zusatzräume für eine Tagesschule mit 400 Kindern“. Die Kosten dafür würden sich auf 1,07 Millionen Franken belaufen.*

*Da es zu wichtig ist, wie gross das zukünftige Schulhaus Krämeracker sein wird, werden wir im Falle einer Entscheidung des Gemeinderates zugunsten der Minimalvariante das Behördenreferendum ergreifen.*

*Claudia Wyssen, SP-Fraktion*

## **Marianne Siegrist**

*Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Geschätzte Anwesende*

*Der FDP/JFU ist es wichtig, dass es nun vorwärts geht mit dem Schulhaus Krämeracker! Heute entscheiden wir endgültig, was wir genau wollen – vor allem bestimmen wir die Anzahl Klassenzimmer dieses Schulhauses. In Anbetracht der grossen anstehenden Projekte der Stadt Uster, die uns sehr viel Geld kosten werden, befürwortet unsere Fraktion die **Minimalvariante**, das heisst, ein Schulhaus mit 18 Klassenzimmern inkl. Nebenräumen, einer Doppelturnhalle, kein Abbruch der bestehenden Turnhallen.*

*Zusätzlich ist es uns sehr wichtig, dass die Schulpflegen der Primar- und der Sekundarschule den **Verteilschlüssel der Klassenzimmer neu verhandeln und das Resultat dem Gemeinderat vorlegen.***

*Wie wir schon anlässlich der Abnahme des Raumprogramms im letzten Jahr im Rat ausgeführt haben, beansprucht die Sekundarschule zu viel Raum, die Primarschule hingegen hat eher zurückhaltend gerechnet. Die Sekundarschule erhält vier zusätzliche Klassenzimmer im Weidli und einfach, zugegebenermassen kleine Schulzimmer im bestehenden Schulhaus Krämeracker, durch Versetzen von Wänden zu vergrössern, und damit Klassenzimmer zu verlieren, dazu können wir nicht Ja sagen. Hingegen lebt die Primarschule mit verschiedenen Provisorien in Pavillons, z. B. nur schon im Pünt sind acht Klassenräume in Pavillons untergebracht. Ein weiterer Grund, einer Minimalvariante zuzustimmen ist der, dass das Gebiet Eschenbühl nach der Annahme der Kulturlandinitiative in nächster Zeit mit grösster Wahrscheinlichkeit nicht gebaut werden kann und wir deshalb auf diese Reserven verzichten können.*

*Wir möchten, dass das neue Schulhaus als Gesamtschule betrachtet wird, d.h. Schüler/innen vom Kindergarten bis zur dritten Sek. besuchen dieses Schulhaus. Die Zimmerverteilung soll nicht fix sein, sondern flexibel, je nach Bedarf an Schulräumen auf die Primar- und die Sekundarschule verteilt werden.*

*Das **Kunstrasenfeld unterstützen wir aus zwei Gründen:** Die Schülerinnen sowie die Kinder des Quartiers erhalten damit einen Allwetterplatz, der wegen schlechtem Wetter nicht ständig gesperrt werden muss. Der zweite Grund, der für den Kunstrasen spricht, sind die Unterhaltskosten, die markant kleiner ausfallen werden als für einen Naturrasen.*

*Die **Planung der Photovoltaikanlage unterstützen wir ebenfalls**. Hier bietet sich die Gelegenheit, energietechnisch zukunftsgerichtet zu bauen und Nägel mit Köpfen zu machen, auch im Hinblick auf das Erreichen des Energielabels Gold. Die Stadt kann damit ihre Vorbildfunktion in Sachen ökologischer Stromproduktion übernehmen. Mit dem Baukredit kann dann endgültig entschieden werden, ob eine solche Anlage sofort gebaut werden soll oder ob ein Bau dieser Anlage erst zu einem späteren Zeitpunkt sinnvoller wäre.*

*Weil unsere Fraktion der Meinung ist, die beantragten Wettbewerbskosten seien hoch, stimmen wir der Kürzung auf 600'000 Franken zu. Das geplante Vorgehen in der Durchführung des Wettbewerbs soll dabei nicht tangiert werden! Die Vorprüfungen der eingereichten Projekte sollen wie geplant, seriös und gründlich durchgeführt werden.*

*Die Primarschulpflege soll das Siegerprojekt prüfen, ob alle Vorgaben erfüllt sind und dann das Vorprojekt in Auftrag geben.*

*Wir freuen uns schon jetzt auf ein funktionelles Schulhaus, das Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrpersonen gerne „bewohnen“ werden.*

*Marianne Siegrist, Gemeinderätin  
Wermatswil, 27. Mai 2013*

## **Anita Borer**

*Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren*

*Wie erklären wir das bloss den Bürgerinnen und Bürgern? Diese Frage stellte sich die SVP-/EDU-Fraktion mehrmals bei der Behandlung dieses teuren Geschäfts.*

*Denn: Der vorliegende Antrag zu Vorprojekt und Wettbewerb des SH Krämerackers ist im Vergleich zu anderen Wettbewerbskrediten von vergleichbaren Projekte deutlich zu hoch angesetzt.*

*Die Summe der sogenannten „Vorprüfungsarbeiten“ des Wettbewerbes steht in keinem Verhältnis zu Vorprüfungsarbeiten von anderen Wettbewerben, welche in den letzten Jahren in Uster durchgeführt worden sind. In den letzten Monaten wurde zudem für über eine viertelmillion Franken eine umfangreiche Machbarkeitsstudie mit Testplanung (inkl. Kostenschätzung) vollzogen. Gerade die Erkenntnisse aus dieser 80-seitigen Machbarkeitsstudie müssten in das nun beantragte Wettbewerbsverfahren einfließen ohne dass wieder gleiche oder ähnliche und vor allem neue Kosten verursacht werden.*

*So fallen auch die hohen Kosten für die „Projektleitung Betrieb“ mit über 55'000 Franken auf. Eine Tätigkeit, die von einem bei der Stadt angestellten Schulleiter erbracht werden soll. Ebenfalls die budgetierten Kosten des Architekturbüros Züst Gübeli Gambetti, Zürich, mit rund 43'000 Franken, sind auch von bestandenen Juryexperten nicht nachvollziehbar.*

*Ebenso unverständlich ist die „gewaltige“ Vergütungssumme von über 150'000 Franken an den Projektleiter Bauherr, die Firma Brandenberger + Ruosch. Es ist hier deutlich zu erwähnen, dass bereits bei der Machbarkeitsstudie mit Testplanung viele Vorarbeiten für den nun anstehenden Wettbewerb erbracht worden sind und dass bereits dort hohe Honorarleistungen an diese Firma geflossen sind. So ist unter anderem das gesamte Vorgehenskonzept „Projektwettbewerb im selektiven Verfahren“ bereits ausgefertigt worden.*

*Die Reserven für „Sitzungsgelder“ und „Diverses“ von über 85'000 Franken fallen ebenfalls viel zu hoch aus. Bei einem so breit angesetzten Leistungskatalog im Vorprüfungsbereich sind Reserven in diesem Ausmass wenig glaubhaft.*

*Leider wurde der Vorschlag der SVP abgelehnt, einen externen Experten zur Prüfung des Wettbewerbskredites hinzuzuziehen. Damit wäre es uns allen einfacher gefallen, über die hohen*

*Kosten für den Vorprojekt- und Wettbewerbskredit entscheiden zu können. Ich betone: es handelt sich beim vorliegenden Geschäft erst um die Genehmigung von Vorprojekt- und Wettbewerbskredit – die teuersten Phasen folgen erst noch.*

*Und: Wie gross war denn tatsächlich der Rücklauf aus der Umfrage betreffend den Tagesschulen? Es wäre interessant die Zahlen hier im Plenum noch zu erfahren.*

*Die SVP-/EDU-Fraktion findet es unter den erwähnten Gesichtspunkten nicht in Ordnung, dass noch diverse teurere Varianten sowie zusätzliche Optionen wie Kunstrasen, Nachhaltigkeitslabel, Zusatzräume, etc. von den anderen Parteien allen Ernstes in Betracht gezogen werden. Dies vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass wir in Uster in nächster Zeit auch noch andere, sehr teure Bauprojekte zu realisieren haben. Das vorliegende Projekt beansprucht bereits einen sehr grossen Teil der Investitionssumme für sich.*

*Die SVP-/EDU-Fraktion wird demnach für die Minimalvariante und die Kürzung des Wettbewerbskredites stimmen und alle Zusatzoptionen ablehnen. Ebenfalls unterstützt unsere Fraktion den Antrag, dass die Primarschule das Vorprojekt erst dann starten darf, wenn der Wettbewerb abgeschlossen ist und die Resultate die vom Gemeinderat genehmigten Rahmenbedingungen bezüglich Raumprogramm und Kosten erfüllen.*

*Wird die Vorlage in dieser Version durchkommen, so stimmt unsere Fraktion diesem in der Schlussabstimmung zu. Werden allerdings Zusatzoptionen im Gemeinderat durchkommen, so wird die SVP-/EDU-Fraktion dem Projekt nicht zustimmen können. Wir werden uns in einem solchen Falle der Stimme enthalten und lehnen nur deshalb nicht ab, weil wir wissen, dass das Projekt bei einer Ablehnung und der damit verbundenen Verzögerung vermutlich nur noch teurer würde, was ebenfalls nicht unsere Absicht ist.*

*Dass wir neue Schulzimmer benötigen, ist klar. Aber in welcher Ausgestaltung und mit welchen Luxuslösungen diese letztlich realisiert werden, liegt in unserer Hand. Es gilt dabei auch eine Abwägung zu anderen Projekten vorzunehmen und kostenbewusst zu handeln. Denn wie einleitend erwähnt – wir haben alle unsere Positionen letztlich den Bürgerinnen und Bürgern zu begründen.*

## **Gusti Hofmann**

*Frau Präsidentin  
Geschätzte Anwesende*

*Wir Grünen unterstützen die Basisvariante, denn zusätzliche Schulzimmer sind nötig. Im letzten Monat hat der Rat einen Zonenplan genehmigt, welcher aus dem restlichen Spickel vom Zellweger-Areal, einer Industrie-Zone, ein Wohngebiet macht. Nur schon diese neue Situation führt zu einem höheren Schulraumbedarf. Dass das Eschenbühl in der geplanten Version nicht realisiert werden kann, heisst nicht, dass alles vom Tisch ist. Der Siedlungsdruck in Uster ist gross. Bis jetzt war noch nie zuviel Schulraum vorhanden, im Gegenteil, die Provisorien, die zum Teil schon nach einem Jahr aufgestockt werden müssen sprechen eine deutliche Sprache.*

*Der Abbruch einer sanierungsbedürftigen Turnhalle und die Errichtung einer Dreifachturnhalle erweitert den gestalterischen Spielraum der neuen Anlage.*

*Ein Kunstrasenfeld ist witterungsunabhängig und das ganze Jahr benutzbar. Es sollte eigentlich schon standardmässig integriert sein und nicht als Option.*

*Für uns Grüne ist eine nachhaltige energetische Bauweise ein Muss. Es ist wie ein Tandem, eine energetische Bauweise und eine Sonnenenergie-Nutzung ergänzen sich. In diesem Fall eine Photovoltaik-Anlage, die sich in 15-20 Jahren amortisiert und der Minergie-P-eco Standard, welcher den Energieverbrauch nochmals reduziert.*

**Bei einem Minergie-P-eco Bau wird die Gesamtenergiebilanz berücksichtigt, d.h. eine Photovoltaik-Anlage beeinflusst die Energiebilanz so positiv, dass praktisch keine**

**zusätzlichen kostenintensiven energetischen Massnahmen mehr nötig sind. Das bedeutet, dass bei einer Realisierung in Minergie-P-eco praktisch keine zusätzlichen Kosten anfallen werden. Der Minergie-P-eco-Standard ist allen Architekten bekannt, man hat Erfahrungen in diesem Standard seit rund 20 Jahren welcher stetig weiterentwickelt wurde. Es sind schon x-Gebäude realisiert worden, deshalb ist nicht mit Verzögerungen zu rechnen, weil die vielen Unbekannten mit den Jahren ausgemerzt werden konnten und der Mehrwert von Minergie-P-eco ist ersichtlich.**

*Um das Tandem zu realisieren sind wir Grüne für die Option Minergie-P-eco und stellen den Eventualantrag zum DGNB.*

*Die Primarschule plant die Realisierung einer Tagesschule und sucht passende Räumlichkeiten. Es zwingt sich fast auf, die nötige Infrastruktur beim Neubau des Krämi bereitzustellen. Das Nebeneinander von Sek und Primar ist in diesem Fall optimal. Wir Grünen sind für eine Tagesschule im neuen Schulhaus Krämeracker.*

*Beim Wettbewerbskredit fällt auf, dass sich die Honorare und weitere Parameter an der oberen Bandbreite bewegen, trotzdem ist noch eine grosszügige Reserve eingebaut worden. Es macht den Anschein, dass die öffentliche Hand in diesem Fall einen Negativ-Rabatt bekommen hat. Im weiteren sind noch grosszügige Entschädigungen für Interne vorgesehen, welche schon in irgendeiner Form vom Gemeinwesen Vergütungen oder Lohn erhalten. Wir Grünen unterstützen deshalb den Kürzungsantrag auf Fr. 1.350'000.--.*

*Für die Grünen  
Gusti Hofmann*

## **Walter Meier**

*Sehr geehrte Präsidentin  
Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

*Die Fraktion hat den Kredit ausführlich und teilweise kontrovers diskutiert. Hier die wesentlichen Punkte:*

### **Wie gross muss das Schulhaus sein?**

*Hier gehen die Meinungen – aus unterschiedlichen Gründen – auseinander:*

- Die BefürworterInnen der Basisvariante meinen, dass wir in Uster zum letzten Mal für lange Zeit ein Schulhaus bauen. Wir gehen davon aus, dass Uster in den nächsten 10 – 20 Jahren nochmals um 10 – 20 % wächst. Auch wenn die Anzahl Schulkinder pro 1000 Einwohner sinken sollte, wird der Schulraumbedarf steigen. Zudem planen wir im Krämeracker nur die fehlenden Klassenzimmer. Wenn wir noch die in Uster fehlenden Nebenräume bauen wollten, müssten wir mehr als doppelt so gross bauen. Also: Zu viel Schulraum können wir im Krämeracker nicht bauen. Zudem: lieber ein paar Millionen mehr in ein Schulhaus als in das Hallenbad stecken.*
- Diejenigen, welche die Minimalvariante bevorzugen, tun dies aus taktischen Gründen, weil sie der Meinung sind, dass der Rat auch in den nächsten Debatten im Rat zum Thema Krämeracker möglichst viele Parteien hinter dem Projekt stehen müssen. Und das ist bei der Minimalvariante eher der Fall.*

*Falls wir wirklich zu viel Schulraum im Krämeracker haben sollten, darf nicht vergessen werden, dass in unmittelbarer Nähe das Bildungszentrum Uster liegt. Hier sind die gewerblich-industrielle Berufsschule, die Wirtschaftsschule KV Uster und die Kantonsschule beheimatet, welche vielleicht auch einmal froh sind, wenn sie in um die Ecke ein Klassenzimmer mieten können.*

*Sollte aufgrund dem heutigen Abstimmungsergebnis das Behördenreferendum ergriffen werden, so wage ich zu behaupten, dass dann das Projekt Krämi gestorben ist. Wir werden in diesem Fall jedes Jahr ein paar Schulcontainer mehr aufstellen müssen.*

### **Die Optionen**

- *Das Kunstrasenfeld wird mehrheitlich befürwortet*
- *Die „grünen“ Anliegen wie Photovoltaik-Anlage und DGNB-Label sind für unsere Fraktion klar ein MUSS. Sollte das DGNB-CH-Label keine Mehrheit finden, unterstützen wir das Ökolabel Minergie P-eco statt Minergie.*
- *Eine Mehrheit ist der Meinung, dass das neue Schulhaus Krämeracker – nicht zu letzt von der Geographie her – ideal für eine Tagesschule wäre. Für rund 1 Mio. Franken wären die Zusatzräume zu haben. Wenn wir an einem anderen Ort in Uster eine Tagesschule einrichten wollen, wird uns das mehr kosten – ausser wir nutzen bestehende Räume um.*
- *Die Musikschule ist uns ein Anliegen, doch meinen wir, dass wir hier keine separaten Räume für die MSUG bauen sollten.*
- *Überflüssig sind für uns die Zivilschutzräume wie auch die Ausgestaltung der Turnhalle für Wettkämpfe.*

*Walter Meier, GR*

**Balthasar Thalmann** ergreift das Wort. Die Planungsgrundlagen dienen als Lehre aus dem Debakel Krämeracker. Am 13.2.2012 hat der Gemeinderat die Planungsgrundlagen einstimmig zur Kenntnis genommen, man hat im Sommer 2012 die Kulturlandinitiative angenommen, dann hat der Stadtrat die Empfehlung abgegeben, dass das Krämeracker nicht so gross werden sollte, 4 Schulzimmer kleiner reichen auch, da diese für das Eschenbüel-Areal gedacht waren. Das in damaliger Unkenntnis von den regierungsrätlichen Umsetzungsgedanken zur Kulturlandinitiative. Im Januar 2013 hat er dann verlauten lassen, dass das Siedlungsgebiet, welches im kantonalen Richtplan ausgeschieden ist, unangetastet bleiben soll. Der Stadtrat müsste seine Empfehlung zurücknehmen.

Die SVP/EDU-Fraktion ist im Übrigen wortbrüchig: An der genannten Ratssitzung vom 13. Februar 2012 hat Anita Borer (sinngemäss) gesagt, es macht keinen Sinn, Räume zu streichen und dafür ein neuer Pavillon bauen zu müssen. Heute befürwortet sie zu kleines Schulhaus, das ist fahrlässig. Die SP-Fraktion kann das nicht unterstützen.

**Anita Borer** widerspricht, dass unter den heutigen Gesichtspunkten bereits schon der Wettbewerbskredit relativ hoch ist.

**Balthasar Thalmann** repliziert, dass die Kosten nachvollziehbar sind und es legitime Anliegen sind, aber wie gross das Schulhaus gebaut wird, ist keine Frage des Luxus, sondern eine Frage, für wieviele Schüler wir bauen müssen. Wir wissen heute schon, dass ein zu kleines Schulhaus nicht verantwortlich ist. Wenn das Dispositiv 2 so angenommen wird, wird die SP-Fraktion das Behördenreferendum ergreifen.

**Sabine Wettstein** erinnert daran, dass es nicht nur um das Kreditrechtliche geht sondern auch um das Raumprogramm. Wenn der Rat entscheidet, dass es 18 Schulzimmer werden, dann ist es so.

**Ursula Räuftlin** ergreift das Wort und erläutert bautechnisch den Ablauf. Ein Vorprojekt muss bereits die konkrete Richtung anzeigen, wie die Baute schlussendlich da stehen soll. Wenn auf einer kleineren Variante geplant wird, dass ist das so, ansonsten fängt man wieder von ganz vorne an mit Planen. Aber wie würde man das den Bürgern erklären?

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Es folgen die Abstimmungen.

#### **Dispositiv 1, Kürzungsantrag**

**Die Kosten des Wettbewerbskredites sollen von Fr. 740'000 auf Fr. 600'000 gekürzt werden.**

**Die Kürzung soll sich aus folgenden Leistungen zusammensetzen:**

- **Reserve und Sitzungsgelder**
- **Sitzungsgelder durch interne Personen (SR und Mitglieder PS)**
- **Wegfall der MwSt. für interne Leistungen**

**Total Fr. 140'000.**

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 20 : 13 Stimmen**

**der Kürzungsantrag wird angenommen.**

#### **Dispositiv 2, Antrag A, Minimalvariante**

**Ausmarchung Originalantrag (Basisvariante) – Minimalvariante**

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 16 : 17 Stimmen**

**die Minimalvariante wird weiterverfolgt.**

**Abstimmung Zusatz zum Antrag**

**Die vier geplanten Klassenzimmer sollen nicht vollumfänglich der PSU belastet werden. Die PSU und SSU werden deshalb beauftragt, über den Verteilschlüssel der Klassenzimmer neu zu verhandeln und dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.**

**Thomas Wüthrich** ist der Ansicht, dass die Aufteilung auch später diskutiert werden kann. Die Schulpflegen haben den Wunsch aus der KBK gehört, sie werden dem Wunsch nachkommen und die entsprechenden Varianten präsentieren. Jetzt darüber abstimmen ist nicht relevant.

**Cla Famos** erinnert daran, dass es sich hierbei um einen Kommissionsantrag handelt und wir darüber abstimmen müssen.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 23 : 2 Stimmen**

**der Zusatz bleibt im Antrag drin und gilt als angenommen.**

**Option, Antrag B**

**Es soll ein Kunstrasenfeld gebaut werden. Kostenschätzung: 437'000 Franken.**

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 23 : 11 Stimmen**

**die Option Kunstrasenfeld ist angenommen.**

**Option, Antrag C**

**Es soll eine Photovoltaikanlage gebaut werden. Kostenschätzung: 1.35 Mio. Franken.**

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 23 : 10 Stimmen**

**die Option Photovoltaikanlage ist angenommen.**

**Option Antrag der GLP**

Fr. 385'000 für das Nachhaltigkeitslabel DGNB-CH.

**Abstimmung:**

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 17 Stimmen (Stichentscheid Präsidentin)

Der Antrag ist abgelehnt.

**Option Antrag der Grünen**

Option Minergie-P-eco.

**Abstimmung:**

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 17 Stimmen (Stichentscheid Präsidentin)

Der Antrag ist abgelehnt.

**Option Zusatzräume Tagesschule**

**Abstimmung:**

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 17 Stimmen (Stichentscheid Präsidentin)

Der Antrag ist abgelehnt.

**Dispositiv 3, Antrag**

**Neues Dispositiv 3: Die Primarschulpflege darf das Vorprojekt erst dann starten, wenn der Wettbewerb abgeschlossen ist und die Resultate die vom Gemeinderat genehmigten Rahmenbedingungen bezüglich Raumprogramm und Kosten erfüllen.**

**Abstimmung:**

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 15 Stimmen

Der Antrag ist angenommen.

## **Schlussabstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 14 : 9 Stimmen**

**das Nachfolgende abzulehnen:**

- 1. Für die Durchführung des Wettbewerbs und die Erarbeitung des Vorprojektes für ein neues Schulhaus Krämeracker wird ein Investitionskredit von 1'350'000 Franken (inkl. MwSt.) bewilligt.**
  
- 2. Das neue Schulhaus Krämeracker soll in der Minimalvariante gebaut werden. Das heisst 18 Klassenzimmer mit Nebenräumen, eine Doppelturnhalle mit Verzicht des Abbruchs einer Turnhalle. Die vier für das Eschenbühl geplanten Klassenzimmer sollen nicht vollumfänglich der PSU belastet werden. Die PSU und SSU werden deshalb beauftragt, über den Verteilschlüssel der Klassenzimmer neu zu verhandeln und dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen. Diese Variante wird ergänzt um die Optionen Kunstrasenfeld und Photovoltaikanlage.**
  
- 3. Die Primarschulpflege darf das Vorprojekt erst dann starten, wenn der Wettbewerb abgeschlossen ist und die Resultate die vom Gemeinderat genehmigten Rahmenbedingungen bezüglich Raumprogramm und Kosten erfüllen.**
  
- 4. Mitteilung an die Primarschulpflege.**

**7 Bericht und Antrag des Stadtrates zum Postulat 547 von Balthasar Thalmann, Jean-François Rossier, Cla Famos, Ursula Räuftlin, Markus Bürki betreffend Vorgehensplan für die Zentrumsentwicklung**

Das Traktandum wurde vom Rat einstimmig bis auf Weiteres abgesetzt.

## **8 Postulat 572 von Balthasar Thalman betreffend Rahmenbedingungen für produzierendes Gewerbe in Uster**

Der Postulant referiert

*Frau Präsidentin  
Geschätzte Anwesende*

*Eine Stadt Uster ohne produzierendes Gewerbe ist nicht vorstellbar. Wir laufen aber die Gefahr, dass diese Betriebe langsam aber stetig aus unserer Stadt verdrängt werden. Und zwar weil sie bei uns keine bezahlbare Räumlichkeiten oder Land für ihre Betriebserweiterungen mehr finden. Ein Handwerksbetrieb oder ein anderer produzierender Gewerbebetrieb kann aufgrund seiner Wertschöpfung nicht so hohe Landpreise bezahlen wie ein Dienstleistungsunternehmen oder ein Verkaufsgeschäft.*

*In Uster gibt's rund 60 ha Bauzonen, die für Arbeitsnutzungen reserviert sind. In 50 Hektaren davon sind Dienstleistungsbetriebe zugelassen. In also lediglich 10 Hektaren sind diese Bodenpreistreibenden Dienstleistungsbranchen unzulässig. Kein Wunder also hat ein produzierender Gewerbebetrieb Schwierigkeiten zu bezahlbaren Räumlichkeiten zu kommen.*

*Zu solchen Betrieben müssen wir aber Sorge tragen. Mit Steuersenkungen, Branchengespräche oder der Schaffung der Stelle des Wirtschaftsförderers wurde in den letzten Jahren schon einiges getan. Wenn aber ein Betrieb mangels Räumlichkeiten schlichtweg nicht existieren kann, nützen auch diese Massnahmen nichts. Mit dem Postulat verlange ich vom Stadtrat, dass er sich dem produzierenden Gewerbe annimmt und Massnahmen vorschlägt, wie die Rahmenbedingungen für diese Betriebe verbessert werden können. Der Fokus ist klar auf die Frage nach bezahlbaren Räumlichkeiten zu richten.*

*Bei der Diskussion um den Gestaltungsplan Haufland wurde in diesem Saal sogar gesagt, dass diese Art von Gewerbebetrieben bald auf die Liste der schützenswerten Arten gesetzt werden sollen. Stellen Sie sich das vor: eine Stadt ohne die Firmen Marzolo, Günthard, Ammann+Schmid AG, Schindler+Scheibling, Lenzlinger, Tius oder Ott oder wie sie alle heissen. Das sind alles Firmen, die häufig auch als nicht „hochwertige“ Nutzung bezeichnet werden. Dies, weil jede Gemeinde hofft, sie könne Sitz der grossen internationalen Headquarters werden. Aber Hand aufs Herz: Uster liegt im Standortwettbewerb für solche Firmen doch weit hinten, zumindest solange, als dass wir im Zentrum, also in unmittelbarer Nähe zur S-Bahn Station nicht eine Stadt mit Ausstrahlung bauen können. Die grossen Dienstleistungs-Cluster entstehen im Kanton Zürich in naher Zukunft realistischerweise in der Stadt Zürich oder entlang der Glattalbahn und der Limmattalbahn. In Uster backen wir wohl kleinere Brötchen. Zu diesen müssen wir aber wie gesagt Sorge tragen und vernünftige Rahmenbedingungen schaffen. Sie dürfen nicht weiter durch viel rentablere*

*Wohnnutzungen, Verkaufsnutzungen oder die Hoffnung auf die grossen Dienstleistungsbetriebe unter Druck geraten.*

*Ich werfe mit diesem Postulat eine ganz spezifische Fragestellung der Wirtschaftsförderung auf und danke für Ihre Unterstützung.*

*Besten Dank.  
Balthasar Thalmann*

Die zuständige Behörde ist nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

### **Stadtpräsident Martin Bornhauser**

*Sehr geehrt Frau Präsidentin, sehr geehrt Mitgliedär vom GR.*

*Dä Schtadtrat beatreit Ihnä Ablänig vom vorligändä Poschtulat. Lönd si mich das erchläre.*

*Dä Poschtulant ladet dä Schtadtrat ii, ufzeigä, mit wellnä Massnahmä äm produzierendä Gwerb in Uschter Betriebsrümlichkeitä zu bezahlbarä Priisä aabotä werdä chönd.*

*Was für Betriebsrümlichkeitä brucht s'produzierende Gwerb dänn eigentlich? I erschter Liniä Rümlichkeitä aa guät erschlossener Lag, vo grosszügiger Uusdehnig und mit ca. 9 Meter höchä Produktionshallä im Erdgeschoss. Und das alles zu erschwinglichä Priisä.*

*Weli «handfeschtä Massnahmä» cha dänn d'Stadt ergryffä?*

*Si cha dur planigrächtlich Schritti versuächä, neus Land iizonä und usschliesslich fürs produziärendä Gwerb z'erschlüssä. Äs isch Ihnä sicher allnä klar, dass äs sich dadäby nur um Neuizönigä handlä cha und nöd um Rückzonigä. Rückzonigä wäräd ja entschädigungspflichtig. D'Diskussion rund um dä kantonal Richtplan hät aber klar zeigt, dass da dä Kanton und «Kulturlandinitiativä» dä Schtadt Uschter kei Spyllruum laht.*

*Guät, d'Schtadt Uschter chönt söttig «handfeschtä Massnahmen» det ergryffä, wo sie selber Land bsitzt. Aber mär händ fascht kei Land meh, wo sich dadäzu eignet. Nennenswert sind da nur grad s'Mühlholz III und ä chlisäs Teilgebiet i dä Lorä. Und im Mühlholz lauft dä Planigsprozess bereits seit einigär Zyt i diä vom Poschtulant gforderäti Richtig. S'Poschtulat rännt i däm Bereich also offeni Türä ii.*

*Äs wär allerdings falsch, das wenigi Land, wo eus na zur Verfüägig staat, ä paar, a einerä Hand abzählbare Zahl Betryb zu vergünstigtä Mietänä odär Bodäpriis aazbütä. Das wär ä Unglichbehandlig und ä Marktverzerrig. Und äs isch än Trugschluss z'glaubä, dass uf däm Wäg ä spürbari und nachhaltigi Wirtschaftsförderig betribä werdä cha.*

*D'Möglichkeitä vo dä Schtadt Uschtär, mit «handfeschtä Massnahme» äm produzierendä Gwerbe Betriebsrümlichkeitä - zu bezahlbarä Preis - zur Verfüügig z'schtellä, isch also üsserscht gring und*

*beschränkt sich uf's Mühleholz III, wo dä Stadtrat sich bereits intensiv Gedankä macht. Um zu derä Erkenntnis z'cho, brucht's kei umfassendi Prüüfig dur d'Verwaltig.*

*Us all denä Gründ isch dä Schtadtrat nöd bereit, s'Poschtulat entgägä z'näh.*

*M. Bornhauser*

### **Jürg Gösken**

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
sehr geehrte Anwesende*

*der Stadtrat sollte den Slogan "Uster - Wohnstadt am Wasser" nicht zu wörtlich nehmen. Uster ist zwar eine schöne Wohnstadt, aber es birgt auch Klumpenrisiken, wenn allzusehr auf Wohnen gesetzt wird. Ein Klumpenrisiko zeigt sich schon heute darin, dass die erforderliche Infrastruktur der stark angewachsenen Bevölkerung hinterher hinkt und Unsicherheit besteht, welche Projekte aus dem Investitionsberg überhaupt noch in nützlicher Frist finanzierbar sind.*

*Ein anderes Klumpenrisiko besteht darin, dass Art und Anzahl der Arbeitsplätze in Uster immer weniger der Bevölkerungsstruktur entsprechen. Die Auswirkungen davon zeigen ebenfalls bereits heute einzelne Konjunkturdaten, sowie ist auch das finanzpolitische Ziel betreffend Annäherung an die kantonale Steuerkraft so nicht ansteuerbar.*

*Jüngste Entwicklungen unterstützen diesen Trend zudem noch. Die einstigen Industrie- und Gewerbestandorte Zellweger und Lenzlinger in Niederuster wurden vornehmlich in Wohnzonen umgezont. Der Gestaltungsplan Kern Süd sowie die Visionen fürs Stadtzentrum und Zeughausareal, sehen ebenfalls einen hohen Wohnanteil kombiniert mit mehr oder weniger Laden- und Büroflächen vor. Selbst der Anteil Kultur darin ist hauptsächlich Ersatz für aufzuhebende Kulturräume.*

*Die erwünschte Verdichtung der Bauzonen aufgrund der Kulturlandinitiative wird den Druck auf diese einseitige Nutzung noch verstärken. Der Bevölkerungsdruck und vor allem die Nachfrage nach grossen Wohnungen machen den Wohnungsbau zum lukrativen Selbstläufer für Investoren, aber nicht unbedingt fürs Allgemeinwohl.*

*Entsprechend gilt es eine kluge, langfristige Strukturstrategie für Uster zu definieren, welche einem gesunden qualitativen Wachstum Usters Sorge tragen. Der Stadtrat hat dies bisher zu wenig und vor allem zu wenig konkret und verbindlich getan.*

*Im vorliegenden Postulat sehen wir einen von mehreren Bausteinen, etwas Konkretes auf den Weg zu bringen. Kombiniert mit einem revidierten Zonenplan, welchen wir im letzten Juli angeregt hatten, gilt es spätestens nach definitiver Umsetzungsvorlage zur Kulturlandinitiative die langfristigen Ziele und Strategien für Uster festzulegen.*

*Unsere Fraktion unterstützt das Postulat in dem Sinne, dass der Auftrag lautet, mögliche Massnahmen zur Strukturverbesserung eingehend zu prüfen, sowie pro und contra Angemessenheit darzulegen. - Ich danke.*

*Für die glp-EVP-CVP-Fraktion*

*Jürg Gösken*

### **Claudia Bekier**

*Sehr geehrte Frau Ratspräsidentin, geschätzte Anwesende*

*Dass sich die Ustermer SP Gedanken um das Wohlergehen unserer Gewerbetreibenden macht, hat die SVP/EDU- Fraktion im Prinzip erfreut. Trotzdem wird unsere Fraktion das Postulat nicht unterstützen, da es einerseits offene Türen einrennt und es andererseits vorbezielt an der Kernthematik, den wirklichen Herausforderungen aber auch Grenzen, vor welchen die Stadt Uster im Zusammenhang mit Gewerbeflächen steht.*

*Uster bietet nach wie vor attraktive Gewerbeflächen für KMU's. Dies zeigt der Jahresbericht 2012 der Wirtschaftsförderung Uster auf. So wurden im letzten Jahr in Uster 140 Unternehmen gegründet und 76 Firmen aufgelöst. Gegenüber dem Vorjahr 2011 ist der Gründungssaldo zudem wesentlich grösser geworden. Ebenfalls laufen die Planungen in den Entwicklungsgebieten Loren und Mühleholz. Diese Areale sind attraktiv für Unternehmen, welche sich in Uster ansiedeln oder innerhalb von Uster umsiedeln möchten. Nebst Neuansiedlungen ist aber auch die Pflege der bereits bestehenden Unternehmen von zentraler Bedeutung. Im Zusammenhang mit der Zentrumsentwicklung und aktuell mit dem „Kern Süd“ kommen jedoch gerade von der linken Ratsseite immer wieder Forderungen und Ideen, welche lang bewährte, erfolgreiche Unternehmen blockieren und behindern. So ist es einfach eine Tatsache, dass wir im Zentrum genügend Parkplätze zur Verfügung stellen müssen, wenn wir verhindern wollen, dass die Ustermer Bevölkerung in der Peripherie bei Aldi und Little einkauft, wo genügend Parkplätze zur Verfügung stehen.*

*An Grenzen stösst die Stadt Uster jedoch, wenn es um die Vermittlung von Gewerbeflächen für Grossunternehmen geht. Hier stehen kaum noch grosse freie Flächen zur Verfügung und eine Lösung dieser Tatsache ist nicht in Sicht.*

*Zusammenfassend lässt sich Folgendes feststellen: Das grundsätzliche Angebot für das produzierende Gewerbe in Uster ist vorhanden und dürfte sich mit den in absehbarer Zeit realisierten Projekten noch verbessern. Es besteht also keine Gefahr für eine im Postulat erwähnte „Artenschutzliste“. Der Markt betreffend Angebot und Nachfrage von Gewerberaum in Uster ist intakt und sollte durch Interventionen der öffentlichen Hand nicht beeinflusst werden.*

*Uster, den 27.5.2013  
Claudia Bekier*

## **Ruedi Locher**

*Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin, Geschätzte Damen und Herren*

*Kollege B. Thalmann fragt nach vorteilhaften Rahmenbedingungen für das produzierende Gewerbe in Uster. Der gleiche Gemeinderat Thalmann, sagte kürzlich hier:*

- 1. Nein zu preiswerten firmeneigenen Mannschaftswohnräumen*
- 2. Nein zum privaten Gestaltungsplan Lenzlinger, die Basis zur Neuproduktion in Nänikon.*
- 3. Nein zum Erhalt von Geschäfts-Parkplätzen bei Ustermer Verkaufsgeschäften*
- 4. Ja sagt die linke Ratsseite, wenn das Gewerbe neue Arbeitsplätze schaffen und Lehrlinge anstellen soll, billige Preise machen und die Weihnachtsbeleuchtung zahlen soll, Parkplatz- und Billag-Gebühren zahlen muss und ihre eigenen Firmenautos für die Altpapiersammlungen in Uster gratis zur Verfügung stellt.*

*5. Zur Kulturlandinitiative. GR Thalmann schreibt jetzt im Postulat:*

*Ich zitiere: ....Dazu gehört unter anderem auch, dass mehr Land und Raum für Gewerbe und Handel und Dienstleistungsbetriebe zur Verfügung gestellt wird.*

*Ebenso will er prüfen, ob der Bau eines grossen evt. genossenschaftlich organisiertes Gewerbehäuses und so steht es: ....Zonen- und Nutzungsänderungen Wirkung zeigen würden.*

*Haben Sie, geschätzte Zuhörer dies noch alles richtig verstanden/Sind Sie da na drus cho? ich nicht.*

*Hat der Wolf jetzt Kreide gegessen?*

*Und sodann folgen neue Rahmenbedingungen:*

- Die doppelte Besteuerung der Aktiven für Gewerbler, die „Bonzensteuer“.*
- 1:12 Lohn-Initiative, Mindestlöhne, Erbschaftssteuer alles zu Lasten des Gewerbes*

*Die Realität: Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, politisch alles rot, und noch röter die Finanzen. Der EURO dunkelrot. Die Industrien leiden.*

*Uster ist fast schuldenfrei, ebenso der Kanton Zürich, Appenzell und die Eidgenossenschaft.*

*Die besten Rahmenbedingungen, geschätzte RatskollegInnen auf der linken Seite, sind jene welche Sie hier nicht fordern. Lasst das Ustermer Gewerbe arbeiten, der Wettbewerb ist effizienter als staatliche Eingriffe.*

*Deshalb lehnen wir das Postulat ab.*

*Rudolf Locher*

### **Thomas Wüthrich**

*Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Geschätzte Anwesende*

*Die Grünen werden für die Überweisung des Postulats stimmen.*

*Uster muss tatsächlich alles Interesse daran haben, die Rahmenbedingungen für produzierendes Gewerbe zu optimieren. Das Verhältnis von Wohnbevölkerung zu Arbeitsplätzen in der Stadt beträgt rund 5 : 2. Wahrlich, ein nicht gerade idealer Wert. Denn hinter diesen Zahlen stehen viel Pendlerverkehr statt kurze und damit ökologisch sinnvolle Wege. Mehr Schlafstadt denn Arbeitsstadt, mit all den unerwünschten Nebeneffekten.*

*Uster tut also gut daran, Strategien und Massnahmen weiterzuentwickeln, um das Gewerbe in zu halten bzw. neue Betriebe nach Uster zu locken. In seinem Leitbild bzw. in der Dualstrategie formuliert der Stadtrat: „Wir verfolgen eine strategisch ausgerichtete Boden- und Immobilienpolitik, um hochwertige Flächen anbieten zu können“.*

*Wie wir alle wissen hat der Stadtrat – und wenn notwendig auch die Mehrheit des Gemeinderats – in der Vergangenheit laufend Land verkauft, und kaum welches zugekauft. Unter diesen Vorzeichen kann dem Gewerbe auf die Dauer natürlich kein Land mehr zur Verfügung gestellt werden – wie dies unter anderem auch Usters Gewerbeverband fordert.*

*Was die Grünen schon seit Jahren fordern wird in diesem Zusammenhang einmal mehr manifest: Uster muss erstens ein aktiverer Player auf dem Boden- und Immobilienmarkt werden, will die Stadt die wirtschaftliche Entwicklung langfristig steuern und bestimmen können. und, zweitens, soll vermehrt Land im Baurecht abgegeben werden, um die Kontrolle über die wirtschaftliche Entwicklung in Uster zu behalten.*

*Dieses Postulat bietet die Möglichkeit, diesen Weg nun einzuschlagen und die Rahmenbedingungen für das Ustermer Gewerbe nachhaltig zu verbessern.*

*Deshalb empfehlen Ihnen die Grünen, dieses Postulat zu überweisen.*

*Thomas Wüthrich,  
Gemeinderat Grüne*

**Balthasar Thalmann** ergreift das Wort. Die Ausführungen von Ruedi Locher zu meinem Verhalten ist so nicht präzise. Das Zitat in meiner Postulatsbegründung habe ich aus der Gewerbeverbandszeitung 2010, was Bruno Modolo gesagt hat. Zugegeben ist den ein Anliegen aus der falschen Ecke, aber wenn das der Grund sein sollte, das Postulat abzulehnen, dann sagen Sie es doch! Der Markt funktioniert, wird ausgeführt, man sollte aber einen Schritt weiterdenken und in Uster nicht nur planungsrechtliche Schritte einleiten. Eine Optimierung für in 5 bis 10 Jahren wäre wünschenswert.

**Stadtrat Martin Bornhauser** führt aus, dass die Meinung falsch ist, dass Uster das Gewerbe verdrängt. Das ist nicht wahr. Die letzten Gewerbezahlungen ergaben, dass die Betriebe im Verhältnis zu den Einwohnern zugelegt haben. Und sie nehmen weiter zu. Die Wirtschaftsförderung leistet viel in dem Bereich, vielleicht mehr, als Sie wahrnehmen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 17 : 13 Stimmen**

**das Postulat nicht zu überweisen.**

**Cla Famos** stellt einen

Ordnungsantrag:

Ich mache einen Versuch für einen Wiedererwägungsantrag, um auf das Geschäft 160 zurückzukommen und die Abstimmung zu wiederholen. Dies im Sinne eines Versuches, die Sache doch noch zu retten. Dies auch im Sinne von Uster.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Abstimmung gemäss Art. 33 GeschO erfolgt ist und daher kein Wiedererwägungsantrag möglich ist. Als Ordnungsantrag kann aber abgestimmt werden.

**Balthasar Thalmann** stimmt zu, dass ein Wiedererwägungsantrag nicht möglich ist aber eine Analyse ist dringend nötig. Die Fraktionspräsidien sollten jetzt die Köpfe zusammenstrecken.

**Cla Famos** ist der Ansicht, dass die GeschO im Sinne des gesunden Menschenverstandes ausgelegt werden sollte. Solange die Sitzung noch läuft, kann seiner Meinung nach darauf zurückgekommen werde.

**Stadtpräsident Martin Bornhauser** führt aus, dass die GeschO nicht disponibel ist. Für einen Wiedererwägungsantrag muss eine neue Ausgangslage da sein. Es ist jetzt gescheiter, rasch zusammensitzen und gemeinsame Lösungen zu suchen. Wie beim Postulat der Zentrumsentwicklung. Man sollte einmal darüber schlafen.

Die Vorsitzende bestätigt nochmals, dass Art. 33 definitiv ist.

**Sabine Wettstein** versteht, dass jetzt alle Beteiligten leicht frustriert sind. Es gibt kein Schulhaus Krämeracker. Ich kann den Antrag auch nicht mehr zurückziehen. Alles geht jetzt von vorne los. Es gibt auch keine Volksabstimmung. Das Geschäft ist erledigt.

**9 Postulat 573 von Jürg Gösken und Ursula Räuftlin betreffend Unterhalt und öffentliche Nutzung von Spielplätzen**

Das Geschäft wird aufgrund der fortgeschrittenen Zeit vertagt.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 24. Juni 2013 statt.

Schluss der Sitzung

21.30 Uhr

Für das Protokoll

Die Parlamentssekretärin  
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit  
des Protokolls bezeugen

Datum

Die Präsidentin  
Gabriela Seiler

Datum

Die Stimmenzähler

Marianne Siegrist

Claudia Wyssen

Bruno Modolo